

Kritische
Studierendenzeitschrift
an der Uni Hamburg



new critique
Zeitschrift für & wider

NO PLACE FOR DANGEROUS IDEAS

Beiträge zu Rede- und
Wissenschaftsfreiheit

Das Bollwerk der Freiheit

Streitgespräch:
Wissenschaftsfreiheit in Gefahr?

Zum Verbot des Kongresses
„Die kapitalistische Moderne
herausfordern“ an der UHH

2 Editorial

Schwerpunkt

- 4 Das Bollwerk der Freiheit
Jasper Ritterbach
- 10 Streitgespräch: Wissenschaftsfreiheit in Gefahr? – Fay Uhlmann und Tobias Reichardt im Gespräch
- 16 Stellungnahmen zum Verbot des Kongresses „Die kapitalistische Moderne herausfordern“ an der UHH
-
- 24 Proust und die Krise der Erfahrung
David Ewert
- 28 Jacobin und die Krise der Linken
Platypus Halle
- 32 Nach der Tarifrunde ist vor der Tarifrunde
TvStud
- 36 Über das materielle Elend im Studentenmilieu
Armin Mandelzweig
- 42 Replik: Die Universität der Bürokratie
Felix Steins
- 48 Rezension von Kim Possters Buch „Männlichkeit verraten!“
Tjark Kandulski

Editorial

Liebe Leser:innen,

dies ist die vierte Ausgabe des kritischen Studierendenmagazins „new critique – Zeitschrift für und wider“ aus Hamburg.

In dieser Ausgabe stehen Meinungs-, Rede- und Wissenschaftsfreiheit im Mittelpunkt. Die Aktualität des Themas zeigte sich nicht nur in den hitzigen Debatten um den, in der letzten Ausgabe besprochenen Krieg in der Ukraine und die Verschärfung des Volksverhetzungsparagrafen im Dezember 2022. Sie bilden den Grundton der seit einigen Jahren tobenden politischen und kulturellen Auseinandersetzungen; zuletzt in Diskussionen um ein Verbot der AfD, von pro-palästinensischen Demonstrationen und in Debatten um die sogenannte Cancel Culture. Der Ruf nach Meinungsfreiheit und die Klage um Ausschluss aus dieser scheinen allgegenwärtig.

Auch an der Universität Hamburg entfachte der Entzug der Räume für den internationalen Kongress „Die kapitalistische Moderne herausfordern“ durch die Universitätsleitung, namentlich Präsident Hauke Heekeren, Streit um Rede- und Wissenschaftsfreiheit. Der Raumentzug erfolgte nach einem Hinweis auf vermeintliche Nähe der Veranstalter:innen zur in Deutschland verbotenen PKK durch das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz. Die auf Verhinderung eines kapitalismuskritischen Kongresses zielende politische Einflussnahme stellt die Entfaltung freier Meinungsbildung im akademischen Rahmen infrage.

Trotz gängiger Diskussionen scheint die Verteidigung der Meinungs-, Rede- und Wissenschaftsfreiheit nicht nur deutlich stärker von Rechten und Konservativen besetzt, sondern wird in der Linken eher als Bedrohung denn als zu verteidigendes Recht angesehen. Die vorliegende Ausgabe versammelt Ansätze zur Diskussion des Themenkomplexes und dessen Leerstelle in der Linken.

Die ersten drei Artikel sind dem Schwerpunktthema „Zur Diskussion um Rede- und Wissenschaftsfreiheit“ gewidmet.

Den Aufschlag macht der Text **Das Bollwerk der Freiheit**. Der Autor verteidigt das unbedingte Recht auf freie Meinungsäußerung, verordnet dieses im Kontext der amerikanischen und Französischen Revolution und legt seine Bedeutung für den Marxismus nieder. Wer das Recht auf freie Meinungsäußerung beschneiden will, der hat den Glauben an Veränderung bereits aufgegeben, so der Autor.

Im Streitgespräch **Wissenschaftsfreiheit in Gefahr?** diskutieren Fay Uhlmann vom „freien Zusammenschluss von student*innenschaften“ und Professor Tobias Reichardt, Vertreter des „Netzwerkes für Wissenschaftsfreiheit“, über den Zustand der Wissenschaftsfreiheit in Deutschland. Die Debatte dreht sich um die sogenannte Cancel Culture, prekäre Bedingungen im akademischen Betrieb und geht der Frage nach, ob und wie politisch Wissenschaft sein darf.

Wie bereits erwähnt, entzog das Präsidium der Universität Hamburg dem linken Kongress „Die kapitalistische Moderne herausfordern“ im April 2023 auf Zuruf des Verfassungsschutzes die Räumlichkeiten an der UHH. Die daran anknüpfende öffentliche Kontroverse wird durch eine Collage von **Stellungnahmen zum Verbot des Kongresses an der UHH** veranschaulicht.

Jenseits des Schwerpunktthemas geht David Ewert in seinem Essay **Die Zwanzigerjahre heute** der Verbindung von Marcel Proust und den Krisenjahren nach dem Ersten Weltkrieg nach. Dadurch beleuchtet der Autor die das 20. Jahrhundert einläutende und bis heute fortbestehende Krise der menschlichen Erfahrung. Was bleibt von einer Welt, die jede Utopie verloren hat?

In der Kritik **Jacobin und die Krise der Linken** betrachtet die Autorin von der Platypus Affiliated Society das Jacobin Magazin als Teil des Niedergangs der Linken. Mit der Gleichsetzung von Wohlfahrtsstaatlichkeit und Sozialismus verrät Jacobin die ursprünglichen Ziele einer befreiten Gesellschaft.

Im Anschluss reflektieren Vertreter des TVStuds in **Nach der Tarifverhandlung ist vor der Tarifverhandlung** ihre Erfahrungen, Erfolge und Niederlagen nach den Tarifverhandlungen im Herbst 2023.

Im Artikel **Über das materielle Elend im Studentenumilieu** übt Armin Mandelzweig eine Ideologiekritik an verschiedenen Positionen im Arbeitskampf der studentischen Hilfskräfte. Sowohl die Rechtfertigungsideologien der Arbeitgeberseite, als auch die staats-affirmativen Illusionen innerhalb der Streikbewegung verschleiern die Ursachen des Konflikts.

Die Debatte **Universität im Kapitalismus** geht in die vierte Runde. Felix Steins greift nun mit seinem Artikel **Universität der Bürokratie** in die Debatte ein. Die bisherigen Beiträge missachten, dass die Universität im Kapitalismus durch eine system-notwendige Bürokratie geprägt sei. Außerdem führt er aus, welche zentrale Bedeutung die „professional-managerial class“, eine „Zwischenklasse“ zwischen Kapital und Lohnarbeit, für den universitären Betrieb einnimmt.

In der Kolumne **Arbeit & Kultur** rezensiert der Autor das Buch „Männlichkeit verraten!“ von Kim Posster. Das Buch stellt eine wichtige Intervention in den aktuellen Diskurs dar, doch sind die Lösungsvorschläge zu vage.

Wenn Du Printausgaben bestellen möchtest, dann schreibe uns eine Mail an: new.critique@asta.uni-hamburg.de. Kontaktiert uns auch per Mail oder Social Media, wenn ihr Fragen, Kritik oder Anregungen an uns richten wollt! Wir laden dazu ein, mit uns über unsere Artikel zu diskutieren oder zu streiten und drucken auch Leserbriefe und Repliken ab. Außerdem könnt ihr uns gerne für eine Veranstaltung zu unseren Inhalten einladen.

Zuletzt noch ein Hinweis in eigener Sache: Die Redaktion versteht sich als heterogene Gruppe, deren politische Standpunkte bezüglich ihrer Gesellschaftskritik variieren. Auch stammen einige Artikel dieser Ausgabe von externen Autor:innen mit denen es sich ähnlich verhält. Kein Artikel stellt demnach die Meinung der gesamten Redaktion dar. Einige Autor:innen sind Mitglieder des AStA der Uni Hamburg, andere nicht. Die Inhalte dieser Zeitschrift repräsentieren im Zweifelsfall nicht die Position des AStAs der Uni Hamburg.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Dir

die Redaktion der New Critique
– Zeitschrift für und wider

New Critique



E-Mail: new.critique@asta.uni-hamburg.de

Instagram: [instagram.com/nc_uhh](https://www.instagram.com/nc_uhh)

Twitter: twitter.com/nc_uhh

YouTube: New Critique

von Jasper Ritterbach

Das Bollwerk der Freiheit

Nach dem Pogrom der Hamas am 7. Oktober 2023 verlangen jene Linke ihr Recht auf freie Meinungsäußerung, die an normalen Arbeitstagen des linken Aktivismus anderen dieses Recht mit Freuden entziehen. Als der syrische Flüchtling Salwan Momika Anfang des Jahres 2023 auf den Straßen Schwedens Koranausgaben aus Protest gegen eine angebliche Ausbreitung radikal-islamistischer Schiiten verbrannte, verlangten die jetzigen Meinungsfreiheitsverteidiger noch ein Verbot, zumal die politische Rechte den Protest instrumentalisieren würde. In Dänemark wurde die Koranverbrennung präventiv verboten, während Schweden an seinem seit 1766 bestehenden Recht festhält. Linke reagierten auf Momikas Protest in gewohnter Manier und wiederholten stumpf das Mantra „Rassismus ist keine Meinung“. Der Imperativ „Nie wieder!“ gilt dabei als Universalschlüssel, um die freie Meinungsäußerung zu beschränken, als wäre es die Redefreiheit gewesen, die die Nationalsozialisten 1933 an die Macht brachte, und nicht die illiberale Verfassung der Weimarer Republik, die Notstandsgesetze, Parteiverbote und *Redeverbote*, die den Faschismus unter anderem vorbereiteten.

So verteidigt ein Großteil der heutigen Linken das Recht auf freie Meinungsäußerung nur dann, wenn es den eigenen Zielen nützt, unterstützt aber deren Einschränkung im Namen der Emanzipation und zum Schutz von Minderheiten. Bürgerliche Freiheiten, insbesondere die der freien Meinungsäußerung, sind für die Linke heute allem Anschein nach Teil rechter Demagogie und bürgerlicher Heuchelei. Dagegen möchte dieser Artikel an den Sinn des Erbes des Rechts auf freie Meinungsäußerung erinnern und seine Bedeutung für den historischen Marxismus erklären.

Historische Bedeutung des Rechts auf freie Meinungsäußerung

1842 begann Karl Marx seine Karriere als politischer Journalist bei der *Neuen Rheinischen Zeitung* mit einem Artikel gegen die preußische Zensur. Als die Märzrevolution in Deutschland ausbrach und sich die Situation in Köln verschärfte, verfolgte die Staatsmacht Marx und stellte ihn vor Gericht. Dort verteidigte sich Marx mit folgenden Worten: „Die erste Pflicht der Presse ist nun, alle Grundlagen des bestehenden politischen Zustandes zu unterwühlen.“² Die Idee der freien Presse als Organ der zivilgesellschaftlichen Selbstregierung ist Resultat der globalen Emanzipation der bürgerlichen Gesellschaft. Zivilgesellschaftliche Selbstregierung erfordert das Recht auf freie Meinungsäußerung der Privatleute und meint die Überwindung eines Staates, der die Gesellschaft von oben herab regieren muss.

Von John Miltons *Aeropagitica* während der englischen, über Thomas Paines *American Crisis* während der amerikanischen, bis zu Jean-Paul Marats *L'ami du peuple* während der Französischen Revolution war der Journalismus die Pulsader der politischen Revolutionen des 18. Jahrhunderts. Dieser Umstand ist nicht weniger als ein Ausdruck der kosmologischen Wende, die während der europäischen Neuzeit und

Aufklärung stattfand. Der Liberalismus als Philosophie der Freiheit entstand im 17. Jahrhundert und proklamierte eine neue Form der Freiheit. Die Transformation der Freiheit lässt sich im Unterschied zwischen antiker und bürgerlicher Öffentlichkeit aufzeigen. Öffentlichkeit ist zunächst ein städtisches Phänomen, dessen Wurzeln im antiken Griechenland, in der Trennung der öffentlichen und privaten Sphäre, der Polis und dem Oikos, liegen. Letztere ist Bedingung für Erstere und beschreibt die auf Sklavenarbeit basierende Hauswirtschaft der freien Bürger. Der Oikodespot, also der Hausherr, ist von produktiver Arbeit entlastet, wodurch die Reproduktion des Lebens unter dem Schirm seiner Privatsphäre geschieht. Der freie Bürger in der hellenistischen Epoche ist nicht qua seines Menschseins Teil der Öffentlichkeit, sondern basierend auf seiner Geburt und Stellung innerhalb des Oikos, wodurch Sklaven und Frauen ausgeschlossen wurden.

Mit dem Schrumpfen der Städte zu Beginn des europäischen Mittelalters veränderte sich die Form der Öffentlichkeit, die nunmehr von Fürsten und geistigen Führern vor dem Volke durch Attribute wie Insignien und Kleidungsstile verkörpert wird. Öffentlichkeit wird am Hofe praktiziert. Erst mit der verzahnten und größer werdenden Arbeitsteilung in den Städten während des 13. und 14. Jahrhunderts beginnen sich die Bürger von dieser Autorität zu emanzipieren. Die Genese bürgerlicher Öffentlichkeit fällt zusammen mit der den Oikos³ verdrängenden Expansion des Marktes, der Verbreitung bürgerlicher Sozialbeziehungen, d. h. der Versachlichung der Beziehungen. Persönliche Herrschaftsbeziehungen werden durch die abstrakten Beziehungen einer globalen Tauschgesellschaft ersetzt, in der die ökonomischen Bedingungen, im Unterschied zur Antike, *außerhalb* des Hauses liegen. Jürgen Habermas fasste in *Strukturwandel der Öffentlichkeit* diese Entwicklung als „die öffentlich relevant gewordene Privatsphäre der Gesellschaft“⁴ zusammen. Die soziale Bedingung der bürgerlichen Öffentlichkeit liegt daher in einem umfangreichen, von der Obrigkeit emanzipierten, Warenverkehr, der die gesellschaftliche Reproduktion zu einem Geschäft unter Privatleuten macht. Erst so wird eine private Autonomie der bürgerlichen Subjekte ermöglicht. Der Status *libertatis*, Status *civitatis* und der Status *familiae* weichen dem Status *naturalis*⁵, der allen Mitgliedern der bürgerlichen Gesellschaft zukommt. Die Naturrechtsideen und die bürgerliche Freiheitsidee hängen miteinander zusammen. Freiheit meint die prinzipielle Unabgeschlossenheit menschlicher Entwicklung als Natur des Menschen. Die Entfremdung des Menschen von seiner Natur durch Vergesellschaftung und die prozessierende gesellschaftliche Wiederaneignung der Natur als Möglichkeit der Transformation.

Im Zuge der sich durchsetzenden bürgerlichen Gesellschaft entstanden Salons, Kaffeehäuser und andere Institutionen, die sich losgelöst von der Obrigkeit und der wirtschaftlichen Abhängigkeit organisierten, um durch das öffentliche Raisonement freier Individuen, die Kritik der Herrschaft und die Selbstregierung voranzutreiben. Die Geschichte der *Briefe*

Wer das Recht auf freie Meinungsäußerung verneint, dieses gar durch staatlichen Eingriff zu verhindern trachtet, der hat den Glauben an die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse bereits aufgegeben, ohne sich dessen bewusst zu sein.

Catos, die von 1720 bis 1723 als Kritik an der britischen Politik erschienen, zeigen die politischen Konsequenzen der sozialen Transformation in der amerikanischen Revolution, als sie von Benjamin Franklin in Amerika veröffentlicht wurden. In diesen wird exemplarisch ausgeführt: „Freedom of Speech is the great Bulwark of Liberty; they prosper and die together.“ Weiter heißt es: „Without Freedom of Thought, there can be no such Thing as Wisdom; and no such Thing as publick [sic!] Liberty, without Freedom of Speech: Which is the Right of every Man, as far as by it he does not hurt and control the Right of another.“

Thomas Paines Flugschrift *Common Sense* von 1776 war eine der entscheidenden Schriften seiner Zeit, die nicht zuletzt auch Thomas Jefferson dazu brachte, die Unabhängigkeitserklärung zu unterschreiben. Darin zeigt sich der allgemeine Anspruch der bürgerlichen Revolutionen des 18. Jahrhunderts:

„Die Sache Amerikas ist im hohen Maße die Sache der ganzen Menschheit. [...] Gesellschaft ist in jedem Zustand ein Segen, Regierung dagegen im besten Fall nur ein notwendiges, im schlechtesten Fall aber ein unerträgliches Übel.“⁶

Es handelt sich bei Thomas Paine nicht um einen Anarchokapitalisten, der den Kampf aller gegen alle befürwortet, sondern um jemanden, der die Notwendigkeit der Herrschaft durch die Idee einer auf freien Individuen basierenden, sich selbst regierenden Gesellschaft infrage stellt. Marx nahm 1848 diesen Gedanken auf, als er schrieb, dass die Freiheit des Einzelnen die Vorbedingung der Freiheit aller sei. In Bezug auf freie Meinungsäußerung erfordert die Freiheit des Einzelnen das Fehlen einer Obrigkeit, die die Maßstäbe für Wahrheit und Unwahrheit anlegt und, vor allem, die Redeverbote gegen Minderheitsmeinungen erteilt, wie es beim Protest gegen bedeutungslose Gegner der Corona-Maßnahmen gefordert wurde. Das Recht auf freie Meinungsäußerung hat nur dann einen Sinn, wenn Minderheitsmeinungen gegenüber der Mehrheit geschützt werden. Die zivilen Gewalten seien im Unterschied zur Obrigkeit keine „judges of truth“, so der Revolutionär Richard Price 1784. Die Frage nach der Wahrheit ist ohnehin höchst umstritten, ansonsten wäre es nicht seit über 2000 Jahren Gegenstand philosophischer Debatten. Vielmehr produziert ein und dieselbe Gesellschaft antagonistische Wahrheiten über sich selbst. Diese Wahrheiten sind die

Formen, in denen sich die Realität im Bewusstsein zeigt. Die Welt zeigt sich nicht wie sie „in Wahrheit“ ist, sondern so wie sie (widersprüchlich) produziert wird.

Den Widerspruch zwischen antiken und der sich entwickelnden modernen Freiheit bringt Marx 1845 in seiner Kritik an den Jakobinern⁷ auf den Punkt, als er Saint-Justs antikes Freiheitsideal kritisiert. Der führende Jakobiner Saint-Just sagte, dass „die revolutionären Menschen Römer seien“, doch nach Marx verwechselte er das sklavenbasierte Gemeinwesen der Antike mit dem modernen Repräsentativstaat des „emanzipierten Sklaventums“ in der bürgerlichen Gesellschaft. Er kritisiert daher Saint-Justs Vorstellung einer Polizei, die der römischen Zensur entspräche und verweist auf die inhärente Tragik, mit der Saint-Just am Tage seiner Hinrichtung, mit den Worten „Und doch war ich es, der das gemacht hat“, auf die Tabelle der Menschenrechte verweist. „Eben diese Tabelle proklamierte das *Recht* eines *Menschen*, der nicht der Mensch des antiken Gemeinwesens sein kann“, schrieb Marx⁸, gerade weil die nationalökonomischen Verhältnisse die antike Form der Freiheit überwunden haben. Marx verwies damit darauf, dass die Ausbreitung bürgerlicher Sozialbeziehungen und die damit einhergehende Freiheit eine neue Form der politischen Institutionalisierung verlangte, in der sich der Staat der Gesellschaft unterordnet.

Als der modernen Freiheit der Weg zur Welt geebnet wurde, konfrontierte die Französische Revolution und die napoleonischen Kriege die Welt mit dieser. Der *Code Civil* proklamierte die Freiheit der Person, die Freiheit vor dem Gesetz, die Trennung von Kirche und Staat und die Freiheit des Eigentums sowie des Handels. Dieser wurde bis nach Lateinamerika verbreitet und führte somit das moderne Projekt der Freiheit fort, doch dieses Projekt geriet im Laufe des 19. Jahrhunderts, wie auch das Projekt der bürgerlichen Öffentlichkeit und der zivilgesellschaftlichen Selbstregierung in einen Selbstwiderspruch. Die industrielle Revolution und die in Konkurrenz zum Arbeiter tretenden Maschinen machten „anstatt der Arbeit den Arbeiter überflüssig.“⁹ Das Kapital, i. e. die Verwertung von Wert und die den Wert schaffende Arbeit traten in einen Widerspruch und der Wertverfall der Arbeitskraft schuf eine Klasse von Proletariern, die in der Konkurrenz zueinander gegen den Wertverfall ankämpften. Die Bedingung bürgerlicher Öffentlichkeit war die Möglichkeit der Individuen, sich durch Arbeit in der „handeltreibenden

Gesellschaft“ (Adam Smith) von den Herrschaftsbeziehungen zu entledigen. Dem entgegen schaffte gerade die Krise der Arbeit die Notwendigkeit eines autoritären Staates.

Marx sah 1852 in Louis Bonaparte die vollendete Erhebung des Staates über die Gesellschaft als Folge der Revolutionen von 1848. Diese zeigte, dass die soziale Republik unter dem Joch der Widersprüche im Kapitalismus nicht umsetzbar war, sodass der Bonaparte eine Politik der Massen etablierte und als über der Gesellschaft stehende Autorität ihre Widersprüche verwaltete. Die Ideale der bürgerlichen Gesellschaft hatten sich vollends verkehrt und dieser Umstand fand durch den autoritären Staat seinen politischen Ausdruck. Die Konstitution der bürgerlichen Ordnung durch Napoleon mündete im Selbstwiderspruch ebendieser, verkörpert durch seinen Neffen Louis Bonaparte. Der Staatsrechtslehrer Lorenz von Stein erkannte dies und schrieb 1848: „Nur eine Macht gibt es, welche zugleich das *Recht* setzt und dennoch die Persönlichkeit des Einzelnen beschränken kann. Diese Macht ist der *Staat*. Der Staat steht über allen, über der Gesellschaft als höchste und absolut selbständige Macht.“¹⁰

Während sich die bürgerliche Öffentlichkeit durch Zeitungen und Pamphlete ausdrückte, entstanden moderne Massenmedien im späten 19. Jahrhundert, wodurch die Trennung von Staat und Gesellschaft überwunden wurde. Das Mittel der Aufklärung und Pulsader der Revolution wurde dadurch zu einem Teil des Herrschaftssystems, das die Verblendung systematisiert unter die Massen bringt. Verbände, Gewerkschaften und Parteien organisieren die Zivilgesellschaft nicht mehr unabhängig vom Staat, sondern nutzen die Massenmedien, um ihre partikularen Ziele innerhalb des Staates zu erreichen.

Marx und Engels beschrieben den Kapitalismus als den Selbstwiderspruch der bürgerlichen Gesellschaft und versuchten das Projekt der Freiheit unter den Bedingungen der Unfreiheit voranzutreiben. Die proletarische Revolution ist durch bürgerliche Forderungen konstituiert und motiviert, weshalb der Marxismus nie die Antithese zum Liberalismus darstellte, sondern diesen unter veränderten Umständen verwirklichen wollte. Marx schrieb daher über die Diktatur des Proletariats, dass diese „die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben.“¹¹

Licht und Wasser des Proletariats

Die 1889 gegründete zweite Internationale war daher auch nicht, wie andere Interessensgruppen, als ein Druckmittel auf den Staat gedacht, der die Interessen der Arbeiterklasse vertreten sollte, sondern es ging um die vom Staate unabhängige Organisation der Arbeiterklasse zur Eroberung der Staatsmacht. Nach Karl Kautsky ist der Klassenkampf auch ein Kampf für die politischen Rechte, die die bürgerliche Gesellschaft verspricht:

„Sie bedeuten Licht und Luft für das Proletariat, und wer sie ihm verkümmert oder vorenthält oder die Arbeiter von dem Kampf um Gewinnung und Erweiterung dieser Freiheiten abhalten will, der gehört zu den schlimmsten Feinden des Proletariats, mag er auch noch so große Liebe für dasselbe empfinden oder heucheln [...]. Ebenso wie dessen offene Feinde, schädigt auch er das Proletariat, und ob er dies aus Bosheit oder bloß aus Unwissenheit tut, ist gleichgültig, er muß ebenso sehr bekämpft werden wie die anerkannten Gegner des Proletariats.“¹²

Daher unterstützten Lenin, Luxemburg und Kautsky den französischen Sozialisten Jean Jaurès 1898 im Kampf für den französischen Offizier Albert Dreyfus, der das Ziel einer antisemitischen Verleumdungskampagne wurde. Sie forderten Dreyfus' Recht auf Redefreiheit und Selbstverteidigung vor Gericht. Jean Jaurès betrachtete den Kampf für den politischen Gegner Dreyfus als eines „der größten Schlachten des Jahrhunderts“ und die Ablehnung dieses Kampfes um seine politischen Rechte als die „schlimmste Abdankung und schlimmste Demütigung, die Negation selbst der großen Klassenaufgabe des Proletariats.“¹³

Das politische Recht auf freie Meinungsäußerung ist dabei eine notwendige Bedingung für die revolutionäre Bewegung, denn nur durch die Freiheit der Einzelnen kann die organisierte Arbeiterklasse die Mittel zu ihrer eigenen Befreiung erarbeiten. Während der Kapitalismus die bürgerliche Gesellschaft untergräbt und die daraus resultierende Krise für die Menschen durch Herrschaft verwaltet wird, verlieren eben diese die Möglichkeit und das Bewusstsein für die Selbstbestimmung des eigenen Lebens. Daher war es die Aufgabe der sozialistischen Bewegung, die Menschen zur Mündigkeit zu erziehen, während der Zerfall bürgerlicher Öffentlichkeit und die Massenmedialisierung gerade eine Verknöcherung des Geistes bewirkten. Sozialismus bedeutete nicht einfach bessere ökonomische Verteilung, sondern die Verwirklichung der bürgerlichen Gesellschaft, um über diese hinauszugehen.

Freiheit zum Wahnhaften?

Unter Verhältnissen, in denen die Massen den Intellektuellen nicht misstrauen, weil sie die Revolution verraten, sondern weil sie diese wollen könnten, wie es Adorno formulierte, besteht die konstante Gefahr, dass Meinung in Wahn umschlägt, wie das 20. Jahrhundert in den Konzentrationslagern bewiesen hat. Der Antagonismus im Begriff der freien Meinungsäußerung besteht einerseits in der Idee der freien Individuen, deren Einzelbewusstsein identisch ist mit dem Gesamtinteresse und andererseits solchen Verhältnissen, in denen die Regression von Individuum und Gesellschaft permanent ist, was den Umschlag von Meinung in Wahn produziert. Doch der Umschlag in Wahn kann nicht durch die Einschränkung der freien Meinungsäußerung verhindert werden. So errangen die Nationalsozialisten nicht die Macht wegen vermeintlicher Redefreiheit, sondern nutzen gerade die Redeverbote in der späten Weimarer Republik als Propaganda, um der Demokratie ihren Schein zu entreißen. Auch gegenwärtig ist zu beobachten, wie Linke und islamische Gruppen (teils gemeinsam) immer wieder den Scheincharakter der Demokratie gegenüber den sogenannten marginalisierten Gruppen betonen, womit sie in diesem Fall natürlich nicht Unrecht haben. Die Stimmen, u. a. antideutsche, die das Verbot von propalästinensischen Demonstrationen unterstützen, untergraben bürgerliche Ideale, deren Verteidigung das Ziel ihrer Unterstützung ist.

Hier liegt schließlich die Pointe des Rechts auf freie Meinungsäußerung: Das Recht auf freie Meinungsäußerung besteht nur dann, wenn Minderheiten vor der Wahrheit der Mehrheit geschützt werden, alles andere würde die Mehrheit vor der eigenen Fehlbarkeit schützen. Die Verweigerung des Rechts auf freie Meinungsäußerung ist nicht nur ein Verbrechen am anderen, sondern vor allem ein Raub an sich selbst. Denn auch wenn eine Meinung nicht veröffentlicht werden darf, beraubt man sich selbst von der Möglichkeit der Erkenntnis aus der Kollision von Wahrheit und Irrtum, ganz gleich wie absurd die Meinung sei. Thomas Paine: „Wer jemand anderem dieses Recht abspricht, macht sich zum Sklaven seiner gegenwärtigen Meinung, weil er sich nämlich selbst das Recht dazu nimmt, diese Meinung zu ändern.“⁴⁴ Wer also damit argumentiert, man müsse die Meinungsfreiheit zum Schutze der Demokratie einschränken, der fördert damit die antidemokratischen Kräfte und unterdrückt gleichzeitig das Potenzial emanzipatorischer Bewegungen.

Denn das öffentliche Sprechen ist eben keine Tat, kein verletzender Übergriff, sondern die Negation der Tat: das Raisonement. Während der Staat den Status quo durch seinen Gewaltapparat verteidigen wird, sollte eine Linke diese Negation der Tat ernst nehmen. Denn dass dieses Raisonement im Kapitalismus zerstörerisch sein kann, legitimiert nicht seine Unterdrückung, sondern fordert auf, den Selbstwiderspruch politisch zu adressieren. T. W. Adorno schrieb in *Meinung, Wahn und Gesellschaft*, dass die Idee der freien Meinungsäußerung nicht von einer freien Gesellschaft zu trennen sei und notwendigerweise das Recht beinhalte, „die eigene

Meinung vorzubringen, zu verfechten und womöglich durchzusetzen, auch wenn sie falsch, irr, verhängnisvoll ist. Wollte man aber darum das Recht der freien Meinungsäußerung beschneiden, so steuerte man unmittelbar auf jene Tyrannei los, die freilich mittelbar in der Konsequenz von Meinung selbst liegt.“⁴⁵ Die Überwindung der Verhältnisse, in denen der Wahn sich formiert und zur Massenvernichtung aufruft, kann nur unter den Bedingungen des Kapitalismus geschehen, in welchem die in ihm schlummernde Freiheit in Unfreiheit degeneriert. Das Recht auf freie Meinungsäußerung muss verteidigt werden, weil es die bürgerliche Gesellschaft verteidigt, die das Potenzial von Freiheit unter kapitalistischen Bedingungen konserviert und dessen Verwirklichung Aufgabe des Sozialismus ist.

Wer das Recht auf freie Meinungsäußerung verneint, dieses gar durch staatlichen Eingriff zu verhindern trachtet, der hat den Glauben an die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse bereits aufgegeben, ohne sich dessen bewusst zu sein. Eine solche Linke hört auf, links zu sein. Sie wird zur Rechten, wenn sie die Idee der Assoziation freier Menschen, die das Recht auf freie Meinungsäußerung voraussetzt, nunmehr als bürgerliche Farce, nicht aber als historische Aufgabe der Linken betrachtet.



„Freedom of Speech is the great Bulwark of Liberty; they prosper and die together.“

- 1 Adolf Hitler erhielt in Bayern und Baden ein Redeverbot, das vom 9. März 1925 bis zum März 1927 galt. Dazu durfte die NSDAP nach einer Rede Hitlers und einer Versammlung im Bürgerbräukeller 1925 bis 1927 nur noch geschlossene Veranstaltungen organisieren. In der Weimarer Republik herrschten außerdem verschiedenste Zensurgesetze, u. a. das Republikschutzgesetz von 1922 und die Pressenotstandsverordnung von 1931.
- 2 Karl Marx: Werke Band 6, S. 234
- 3 Auch wenn der griechische Oikos verschwunden ist, basierte der Feudalismus auf bäuerlichen Einzelwirtschaften. Daher ist in der mittelalterlichen Ökonomik das Haus das zentrale Strukturmerkmal der Systematisierung in ökonomischen Schriften (vgl. *Yconomica* von Konrad von Megenberg (1309–1374))
- 4 Jürgen Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit, Hermann Luchterhand Verlag 1984, S. 33
- 5 Als Inhaber des Status Naturalis ist der Mensch Träger von bestimmten Recht und Pflichten des natürlichen Rechts. „Freiheit ist dieses, einzig, ursprüngliche, jedem Menschen kraft seiner Menschheit zustehende Recht.“, so Kant.
- 6 Thomas Paine: *Common Sense*, Broadway Editions 2004, S. 45f.
- 7 Die Jakobiner waren ein politischer Klub während der Französischen Revolution, die sie zeitweise anführten. Saint-Just war am Ende der sogenannten Terrorherrschaft der Jakobiner wohl der fanatischste Verfechter der Denunzierung politischer Gegner.
- 8 Karl Marx: Werke Band 2, Dietz Verlag 1963, 128 ff.
- 9 Max Horkheimer: *Gesammelte Schriften (Bd. 5): „Dialektik der Aufklärung“ und Schriften 1940–1950*, Frankfurt am Main 1987, S. 293.
- 10 Vgl. Lorenz von Stein: „Der Kommunismus und Sozialismus des heutigen Frankreichs“ (1848), Textauswahl in: M. Hahn (Hg.), Lorenz von Stein, Proletariat und Gesellschaft, Wilhelm Fink Verlag, München 1971, S. 39f.
- 11 Karl Marx: Werke Band 17, Dietz Verlag 1962, S. 343
- 12 Karl Kautsky: *Der Klassenkampf*, in: *Das Erfurter Programm* (1892)
- 13 Jean Jaurès, in: *Petite République* (12. und 15. August 1899)
- 14 Thomas Paine: *Introduction*, in: *The Age of Reason*, 1794
- 15 Theodor W. Adorno: *Meinung, Wahn und Gesellschaft*, in: *GS 10.2*, S. 590

Streitgespräch: **Wissenschaftsfreiheit in Gefahr?**

Seit vielen Jahren verschärft sich die Diskussion um die Rolle der Wissenschaft in krisenhaften Zeiten und die Bedeutung von Wissenschaftsfreiheit. Schlagworte wie Cancel Culture sind längst Gegenstand aufgeregter Kulturkämpfe. Die New Critique hat daher Tobias Reichardt und Fay Uhlmann zu einem Streitgespräch eingeladen, um den Zustand der Wissenschaftsfreiheit in Deutschland zu diskutieren. Das Gespräch führten Jasper Ritterbach und David Ewert.



Tobias Reichardt ist Professor für Soziale Arbeit an der Internationalen Hochschule (IU). Als Mitglied des Netzwerkes für Wissenschaftsfreiheit (NfW) sieht er eine Gefahr für die Wissenschaftsfreiheit und Gesellschaftskritik durch den Konformitätsdruck, der durch moralische und politische Appelle erhoben werde.

Fay Uhlmann studiert Medieninformatik an der TU Dresden und arbeitet als queere Peerberatung. Fay ist im Vorstand der Bundesstudierendenvertretung „freier Zusammenschluss von Studierendenschaften“ (fzs e.V.). In einem im März erschienenen Statement kritisiert der fsz die Instrumentalisierung des Cancel Culture-Vorwurfs durch das Netzwerk für Wissenschaftsfreiheit. Die Instrumentalisierung sei eine Gefahr für legitime Kritik an menschenverachtenden Äußerungen. Wissenschaftsfreiheit würde eher durch die Prekariisierung des Wissenschaftsbetriebs gefährdet.

Redaktion New Critique (NC): Herr Reichardt, sehen Sie die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland gefährdet und leidet Gesellschaftskritik darunter? Welche Ursachen liegen diesem Umstand zugrunde und werden diese durch das Netzwerk adressiert?

Tobias Reichardt (TR): Als Student und junger Wissenschaftler hatte ich den Eindruck, dass ich mich mit meinen linken Ansätzen und Interessen an der Universität schnell an Grenzen stieß. Wenn man sich etwa auf Marx bezog, war man schnell isoliert. Um Verständnis, später auch Stipendien oder Jobs zu bekommen, konnte ich nicht immer offen meine Standpunkte vertreten und musste wissenschaftliche Themen verfolgen, die nicht meinen eigentlichen Interessen entsprachen. Heute habe ich den Eindruck, dass man seine Einstellungen noch mehr verstecken muss. Aber der Druck geht nicht mehr von einem konservativen, sondern von einem linken Mainstream aus. In den letzten Jahren hat sich in den wissenschaftlichen Institutionen eine Atmosphäre ausgebreitet, die repressiver ist als früher und von einer bestimmten Sorte von Linken dominiert wird. Diese Cancel Culture ist in den angelsächsischen Ländern viel ausgeprägter als in Deutschland. Prominente Opfer sind etwa Kathleen Stock und Bret Weinstein. Aber auch hierzulande gibt es großen Druck, nur noch bestimmte Begriffe zu verwenden, bestimmte Meinungen und Auffassungen zu äußern, zu bestimmten Themen zu forschen und zu publizieren und von anderen Themen lieber die Finger zu lassen. Insbesondere, solange man noch keine feste Stelle hat, ergibt sich daraus ein quasi totalitärer Zwang zur Anpassung. Die inzwischen kulturell hegemoniale linke Strömung wird als „Lifestyle-Linke“ (Wagenknecht) oder nach der „Identitätspolitik“ als „Identitätslinke“ bezeichnet.

Auch wenn ich mich selbst als Linken verstehe, kann ich nicht allem zustimmen, was als links gilt. Innerhalb der Linken gibt es bekanntlich viele Differenzen und von Linken wurde und wird auch viel Abseitiges und Gefährliches vertreten, man denke nur an den Stalinismus oder auch an einige bizarre und extreme Auswüchse der 68er-Bewegung. Auf der anderen Seite ist nicht alles, was Konservative und Liberale vertreten, schlecht und falsch. Daher sollten wir als Linke ein Interesse daran haben, unsere Auffassungen zu hinterfragen und offen zu diskutieren, ohne allzu sehr darauf achten zu müssen, was jeweils als „politisch korrekt“ gilt. Das ist ja auch Moden und zufälligen Trends unterworfen. Um sich gegen Political Correctness und Cancel Culture zu schützen, haben sich knapp 800 Wissenschaftler zum Netzwerk Wissenschaftsfreiheit zusammengeschlossen. Darunter sind verständlicherweise Konservative und Liberale, aber aus genannten Gründen auch Linke, die sich durch die identitätspolitische Linke nicht vertreten, sondern eher unterdrückt sehen.

Heute habe ich den Eindruck, dass man seine Einstellungen noch mehr verstecken muss. Aber der Druck geht nicht mehr von einem konservativen, sondern von einem linken Mainstream aus.
Tobias Reichardt

Ich glaube nicht an die
Existenz einer Cancel Culture.
Fay Uhlmann

NC: Fay Uhlmann, könnten Sie ihre Sicht auf den Zustand der Wissenschaftsfreiheit schildern? Wie bewerten Sie die angesprochene Cancel Culture und wird Selbstkritik und offene Diskussion innerhalb der Linken dadurch in ihrer Möglichkeit limitiert?

Fay Uhlmann (FU): Auch ich sehe die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland gefährdet, jedoch nicht ausgehend von einem „linken Mainstream“, ganz im Gegenteil. Immer öfter beobachte ich als Student:in in Sachsen, anderen Bundesländern und sogar im Bundestag den Druck von konservativen und rechtsextremen Kräften. In Sachsen vergeht selten eine Woche, ohne dass wissenschaftlich fundierte Veranstaltungen an der Universität von der AfD durch kleine Anfragen hinterfragt werden – mit dem eindeutigen Ziel, Veranstaltungen zukünftig zu verhindern. So z. B. eine Veranstaltungsreihe zu queerer Elternschaft. Auch im Bundestag gibt es wiederholt solche Anfragen und Anträge – mit dem Ziel, die Förderungen für von der AfD als „Agendawissenschaften“ betitelte Forschungsrichtungen (z. B. Postcolonial Studies, Disability Studies, Critical Whiteness Studies, Queer & Gender Studies) abzuschaffen und letztlich ganz zu verbieten.

Eine weitere große Gefährdung der Wissenschaftsfreiheit sehe ich darin, dass unter dem Deckmantel der Wissenschaftsfreiheit diskriminierende Aussagen und Lehrinhalte zugelassen werden und von Diskriminierung Betroffene dadurch benachteiligt werden. Dieser Ausschluss ist selbst eine Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit, der oftmals nicht diskutiert wird.

Eine Diskussion auf wissenschaftlicher Basis wird allein schon durch das Machtgefälle von Professor:innen zu Studierenden und Mitarbeitenden erschwert. Oftmals wird ihnen die Fähigkeit zur wissenschaftlichen Argumentation abgesprochen. Offener Diskurs ist in vielen Fällen nicht gewollt oder unmöglich, offene Briefe und Protest bleiben als einziges Mittel. Selbst diese bergen jedoch die Gefahr von Repressalien.

Der Begriff Cancel Culture wird immer mehr als Kampfbegriff von konservativen und rechten Akteur:innen vereinahmt, um Kämpfe gegen Diskriminierung zu diskreditieren und als destruktiv erscheinen zu lassen. Ich glaube nicht an die Existenz einer Cancel Culture. Auch über die von Herrn Reichardt genannten „Opfer“ dieser kann man sich streiten. Kathleen Stock wettete gegen geschlechtliche Selbstbestimmung in Großbritannien, obwohl der von ihr kritisierte

Gender Recognition Act, wissenschaftlich erwiesen, keine Konsequenzen für Frauenrechte gehabt hätte, und in Ländern mit Gesetzen zur geschlechtlichen Selbstbestimmung wie z. B. Argentinien die Gewalt gegen Frauen nach Einführung nicht anstieg. Bret Weinstein verließ seine Professur einvernehmlich nach einer Einigung im Rechtsstreit mit seiner Universität.

Ich sehe also eher einen gelebten Diskurs und aktive Selbstkritik statt Cancel Culture. Bei der Diskussion um das N-Wort geht es zum Beispiel um Diskriminierungssensibilität und nicht ein Sprachverbot.

NC: Die von Ihnen beiden vorgetragenen Statements scheinen sich gerade darin uneinig zu sein, dass das, was von Ihnen als Cancel Culture bezeichnet wird, Fay Uhlmann zufolge einen progressiven Kampf darstellt, der bestimmte Diskurse aufbricht und ermöglicht.

Welche Diskurse in der Wissenschaft werden ihrer Einschätzung nach, durch den „quasi totalitären Zwang“ verhindert, die u. a. für linke Gesellschaftskritik wichtig wären und gehören die von Fay Uhlmann genannten Diskurse dazu?

TR: Das habe ich ja schon angedeutet, indem ich die Namen Kathleen Stock und Bret Weinstein genannt habe. Wer ein anderes Verständnis von Rassismus oder Feminismus hat als dasjenige, was gerade als „woke“ gilt, muss vorsichtig sein, dies offen zu sagen. Cancel Culture gibt es zweifellos auch von rechts. Dagegen sollte man sich wehren. Das geht aber schlecht, wenn man gleichzeitig bei jedem „falschen“ Wort oder Gedanken von Identitätslinken bedroht wird. Betreibt man Gesellschaftskritik in der Tradition des Marxismus, muss man z. B. auch den Islam (wie jede Religion) und autochthone Herrschaftsverhältnisse im globalen Süden kritisieren. Dies ist aber mit weiten Teilen der „Postcolonial Studies“, die ja die Identitätslinke stark beeinflussen, nicht zu machen. Vorwürfe des Rassismus (wie auch des Sexismus und der „Transfeindlichkeit“) werden maßlos ausgeweitet. Dies kann man momentan auch bei der unlängst zurückgetretenen Harvard-Präsidentin Claudine Gay beobachten. Sie musste u. a. zurücktreten, weil sie öffentlich darauf beharrte, die Forderung nach einem Genozid an Juden könne unter Umständen legitim sein und werde daher in Harvard geduldet. Gegen sie deswegen gerichtete Kritik tut sie als ausschließlich rassistisch motiviert ab. Offenbar kann man also auch hochsensibel gegenüber N-Wörtern sein und gleichzeitig die Forderung nach Völkermord an Juden okay finden. In Deutschland galt man bis vor Kurzem schnell als rassistisch oder „islamophob“, wenn man auf Fundamentalismus und Antisemitismus bei Muslimen aufmerksam machte. Mir ist klar, dass die Identitätslinken ihr Bemühen um kulturelle Hegemonie als einen „progressiven Kampf“ sehen. Ich betrachte zumindest die extremeren Formen davon eher als eine gefährliche Regression in pseudolinker Verpackung.

NC: Wenn, wie Herr Reichardt behauptet, unter dem Deckmantel der „Wokeness“ derlei Thesen und Positionen verteidigt werden, fragen wir uns, nach welchen Maßstäben Sie Diskurse an den Universitäten kritisieren und bewerten. Verstrickt sich die von Ihnen als progressiv beschriebene Strömung in Selbstwidersprüche?

FU: Allem voran – ich glaube nicht daran, dass es eine einheitliche „woke“ Strömung gibt. Auch wird es immer Menschen geben, die ihr Handeln verteidigen, indem sie etwas anderes als Deckmantel nutzen. So auch mit der „Wokeness“, wie sie Herr Reichardt nennt. Ein Beispiel dafür ist zweifelsohne Claudine Gay. Sie verteidigt ihre antisemitische Haltung, indem sie die ihr gegenüber geäußerten Vorwürfe als rassistisch delegitimiert.

Die von Herrn Reichardt beschriebenen Bedrohungsszenarien kenne ich an deutschen Hochschulen nicht. Meine Bewertung der Wissenschaftsfreiheit in Deutschland fällt dementsprechend anders aus. Herr Reichardt bezieht sich bisher ausschließlich auf Beispiele aus dem englischsprachigen Ausland. Um meine Maßstäbe an die Diskurse zu illustrieren, nutze ich trotzdem eines seiner Beispiele: Wenn Kathleen Stock gegen ein Gesetz wettet, welches wissenschaftlich erwiesen für Frauenrechte keine Konsequenzen haben würde, agiert sie unwissenschaftlich und verdient Kritik. Nicht wegen ihres Verständnisses von Feminismus, sondern weil sie sich unwissenschaftlich äußert – ein Bruch der guten wissenschaftlichen Praxis. Die Wissenschaft sollte den Anspruch haben, auf wissenschaftlicher Grundlage zu argumentieren. Wissenschaftliche Ergebnisse sollten nicht durch Framing missbraucht werden, um das eigene gesellschaftspolitische Narrativ zu stärken, was beispielsweise auch hierzulande bei Alexander Korte und Marie Luise Vollbrecht zu beobachten ist.

Ich sehe keinen Widerspruch darin, diskriminierungssensible Wissenschaft zu machen und zu fordern, denn das steht im Einklang mit der Wissenschaftsfreiheit. Sie ermöglicht sogar mehr Menschen an der Wissenschaft teilzuhaben und baut Barrieren ab. Eine Verstrickung in Selbstwidersprüche der „woke Strömung“ kann ich dabei nicht erkennen.

NC: Um uns von der Debatte um Cancel Culture zu lösen, richten wir den Fokus auf die sozialen Bedingungen an Universitäten, unter denen Wissenschaft betrieben wird. Es wurde viel über das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) und die Prekarisierungstendenzen diskutiert. Wissenschaftsfreiheit erfordert zweifellos eine Unabhängigkeit der Wissenschaftler. Daher interessiert uns, ob die Wissenschaftlichkeit und Wissenschaftsfreiheit unter den aktuellen Gegebenheiten gewährleistet werden können.

TR: Ich würde eigentlich nicht von „Prekarisierungstendenzen“ sprechen, da die Arbeit in der Wissenschaft schon seit Jahrzehnten größtenteils prekär ist. Diejenigen, die eine unbefristete Stelle haben, womöglich gar eine Professur, können im Grunde frei und unabhängig ihre wissenschaftlichen Interessen verfolgen. Wenn sie „Drittmittel“ einwerben wollen oder müssen, ist diese Wissenschaftsfreiheit eingeschränkt, weil sie sich nach den Wünschen und vielleicht auch den politischen Vorstellungen der Geldgeber richten müssen. Aber im Prinzip sind sie frei und diese Freiheit ist zum Glück auch durch das Grundgesetz geschützt. Wer allerdings (noch) keine Professur oder andere Dauerstelle hat, hat es schwer. Bei prekärer Beschäftigung ist man genötigt, sich am wissenschaftlichen und politischen Mainstream zu orientieren, Kontroversen zu vermeiden und stattdessen eher Themen zu verfolgen und Aussagen zu treffen, von denen man meint, dass sie gerade angesagt oder politisch erwünscht sind. Denn wenn man durch Unangepasstheit auffällt, ist man angreifbar. Das Risiko ist groß, dass man bei Bewerbungen nicht berücksichtigt wird. Das trifft natürlich nur diejenigen, die wirklich kritisch und abweichend vom Mainstream forschen wollen. Wer ohnehin angepasst ist, hat auch kein Problem mit politischen Vorgaben, sondern wird diese einfach als Normalität und aktuellen Stand der Wissenschaft empfinden. In diesem Fall ist die prekäre Lage für Nachwuchswissenschaftler ein ökonomisches Problem, aber kein Problem der Wissenschaftsfreiheit. Um die Frage jedoch kurz zu beantworten: Dass so viele Beschäftigungsverhältnisse in der Wissenschaft prekär sind und das Einwerben von befristeten Projektmitteln eine so große Rolle spielt, ist zweifellos ein ungünstiger Boden für kritische und unabhängige Wissenschaft.

FU: Die Prekarität der Wissenschaft schreibe ich im Großteil der hohen Neoliberalisierung des Wissenschaftssystems in Deutschland zu. Eine Karriere in der Wissenschaft funktioniert praktisch nur durch eine unbefristete Professur. Um diese zu bekommen, haben Nachwuchswissenschaftler:innen nach WissZeitVG maximal 6 Jahre. Bei Berufungsverfahren wird vor allem auf die Menge der eingeworbenen Drittmittel und die Anzahl der publizierten Artikel geachtet. Es gibt immer mehr Indexwerte, anhand dessen versucht wird, den Wert und Erfolg von Forscher:innen zu messen. Maßgebend ist hier meist die Anzahl der Zitationen pro Publikation. Dabei gerät der Kontext, wie das allgemeine Publikationsverhalten in der Fachdisziplin, die Qualität der Forschung, völlig in den Hintergrund. Gründliche wissenschaftliche Arbeit

wird dadurch zweitrangig. Ganz zu schweigen von den vielen strukturellen Benachteiligungen für nicht endo cis männliche Forscher:innen, z. B. die Übernahme von Care-Arbeit in der Familie, die weniger Zeit zum Forschen lässt. Im Gegensatz zu Herrn Reichardt würde ich behaupten, dass das auch für Nachwuchswissenschaftler:innen, die im „Mainstream“ forschen, ein Problem ist. Will man in der Wissenschaft Karriere machen, kommt man nicht daran vorbei, so zu forschen, dass man attraktiv für eine Professur ist (also viel und zitierbar publizieren) und ist dadurch in der eigenen Wissenschaftsfreiheit erheblich eingeschränkt.

Etwas unklar ist mir, von welchen politischen Vorgaben Herr Reichardt spricht. Diese gibt es meiner Ansicht nach schlichtweg nicht. Er macht keine dieser politischen Einflüsse kenntlich. Das einzige Diktat der Wissenschaft ist die gute wissenschaftliche Praxis, dass sich die Wissenschaft selbst auferlegt hat, um die Qualität der Forschung zu garantieren. Die Prekarität des Systems Wissenschaft steht dieser direkt entgegen und resultiert damit in einer eingeschränkten Wissenschaftsfreiheit für Nachwuchswissenschaftler:innen.



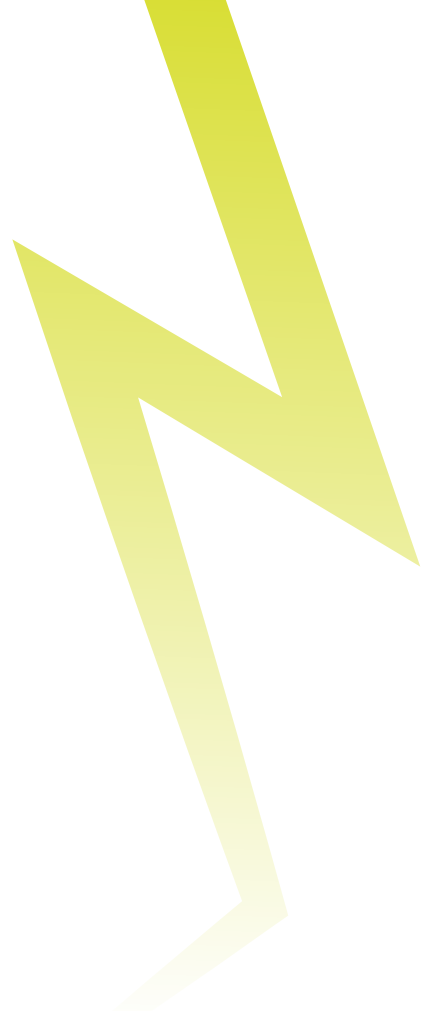
NC: Abschließend bitten wir um einen Ausblick. Was müsste in Zukunft getan werden, damit die Wissenschaftsfreiheit unter den hier diskutierten Bedingungen gewahrt oder auch erst hergestellt werden kann?

TR: Was die Kritik an den Rahmenbedingungen einer Universitätskarriere angeht, sind wir ja weitgehend einig. Ich rate von einer akademischen Karriere ab. Die ökonomischen Bedingungen sind schlecht, und wenn man es doch zu einer Dauerstelle schafft, wird man genötigt, irgendwelchen Ideologien und Moden zu folgen. Oder man ist so gehirngewaschen, dass man es schon von sich aus tut. Vor allem für ein kritisches politisches Bewusstsein ist der Kontakt zur realen Berufswelt außerhalb der Uni wichtig. Man erlebt dann die wirklichen Probleme und beschäftigt sich weniger damit, sich witzige Ausdrücke auszudenken wie „endo cis männlich“.

Das gezeichnete Bild, dass die Wissenschaft ideologiefrei nur ihrer eigenen Logik folgt, ist idealisierend und entspricht leider nicht der Realität. Auch in der Wissenschaft gibt es Ideologien und Versuche, politische Interessen durchzusetzen. Dies können die Interessen von Regierungen, politischen Parteien, anderen Staaten, Lobbygruppen oder studentischen Gruppen sein. In Hamburg wurde z. B. eine linke internationale Konferenz abgesagt, weil der Verfassungsschutz der Uni-Leitung einen Hinweis gab, dass einige Referenten Verbindungen zur PKK hätten. Das Netzwerk für Wissenschaftsfreiheit hat protestiert. Häufiger kommt es vor, dass geladene Referentinnen oder Referenten wieder ausgeladen werden, weil bestimmte Gruppen die Standpunkte dieser Referenten als unerträglich betrachten.

Wer eine abweichende Position vertritt, z. B. in Fragen des Ukraine-Kriegs, des Israel-/Palästina-Konflikts, der Migration oder gar in Gender-Fragen, wird ausgegrenzt und oft in eine rechtsextreme Ecke gedrängt. Beispiele dafür gibt es zuhauf, man kann sie etwa – bezogen auf die allgemeine Öffentlichkeit – auf den „NachDenkSeiten“ oder – bezogen auf die Wissenschaft – auf den Webseiten des Netzwerks für Wissenschaftsfreiheit nachlesen. Viel wirksamer als die offenen Eingriffe sind aber die proaktiven Anpassungen. Gerade bei Bewerbungen aller Art, z. B. um Drittmittel, muss man ja von vornherein den richtigen Ton treffen, also das schreiben, was der zukünftige Finanzier lesen will. Wenn man herrschende Ideologien infrage stellt, bekommt man heftigen Gegenwind und riskiert bei Veröffentlichungen, Konferenzen, Bewerbungen um Stellen oder um Projektgelder ausgeschlossen zu werden.

Die politischen Konflikte haben an Schärfe zugenommen und erfassen auch die Wissenschaft, lähmen sie teilweise. Ich kann nur diejenigen, denen etwas an Vernunft und sozialem Fortschritt liegt, auffordern, abweichende Gedanken und Worte nicht voreilig als „diskriminierend“ oder anderweitig „böse“ abzutun, sondern zuzulassen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen.



FU: Forscher:innen auf Dauerstellen seien in ihrer Wissenschaftsfreiheit am wenigsten durch das neoliberale Wissenschaftssystem eingeschränkt. Das sagte Herr Reichardt auch in seiner letzten Antwort, weshalb mich die Kehrtwende in seinem Abschlusssstatement irritiert. Auch waren wir uns einig, dass die Neoliberalisierung des Wissenschaftssystems und die Abhängigkeit von Drittmittelgeber:innen in der Wissenschaft ein großes Problem für die Wissenschaftsfreiheit darstellt.

Ich habe am Ende dieses Gespräches leider den Eindruck, dass Herr Reichardt lieber den Punkt setzen wollte, dass die Wissenschaftsfreiheit von Ideologie und Cancel Culture bedroht sei, ganz nach dem Duktus des Netzwerks, in dem er Mitglied ist, anstatt eine Debatte zu führen und auf meine Argumente einzugehen. Solche Seitenhiebe wie die Kommentierung des Begriffes „endo cis männlich“, den ich mir tatsächlich nicht ausgedacht habe, denn er kommt aus der Sexualwissenschaft, sind für einen konstruktiven Dialog gänzlich unproduktiv.

Ich glaube, dass wir uns von dem Bild distanzieren müssen, dass Politik und Wissenschaft komplett getrennt werden können. Die Wissenschaft trägt Verantwortung, und legitimiert Menschen und deren Aussagen, denen sie eine Bühne gibt. Auf die Einladung von Rechtsextremen wie Thilo Sarrazin und Götz Kubitschek an Hochschulen folgte darauf berechnete Kritik. Die Wissenschaft muss gewährleisten können, dass diejenigen, die in ihr agieren, auf wissenschaftlicher Basis sprechen, und keine unwissenschaftlichen Falschaussagen verbreiten. Dazu sollten alle Forscher:innen

sollten an der guten wissenschaftlichen Praxis gemessen werden, auch in ihren allgemeinpolitischen Aussagen. Wer in Lehrveranstaltungen unwissenschaftlich schwadroniert, dass es Rassenunterschiede gibt, und man trans* Menschen Konversionstherapien unterziehen sollte, verstößt gegen genau diese und sollte dementsprechend zur Verantwortung gezogen werden. Denn Wissenschaft, mit welchen Methoden und wozu geforscht wird, trägt Verantwortung. Nicht zuletzt wurde Rassismus auch lange Zeit durch mittlerweile widerlegte Theorien befeuert.

Letztlich möchte ich noch einmal betonen, dass der fzs das Problem der Wissenschaftsfreiheit hauptsächlich bei den prekären Arbeitsbedingungen sieht. Denn die Karriere Wissenschaft muss man sich leisten können. Auch müssen sich Nachwuchswissenschaftler:innen durch ein System kämpfen, das sie unter extremen Publikationsdruck stellt, in dem das Springen von einer befristeten Stelle zur nächsten Normalität ist. Dieses System filtert systematisch und ist weit vom Ideal der Chancengleichheit entfernt. Auch der Entwurf zur Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes macht hier wenig Hoffnungen auf Besserung, was befristete Anstellungen in der Wissenschaft angeht.

NC: Wir bedanken uns für das Gespräch

Dieses Gespräch führten Jasper Ritterbach und David Ewert



Stellungnahmen zum Verbot des Kongresses

„Die kapitalistische Moderne herausfordern“ an der UHH



Vom 7.-9. April 2023 plante der AstA UHH gemeinsam mit dem „Network for an Alternative Quest“ (NAQ) die Konferenz „We want our world back“ und damit die vierte Ausgabe der in der Reihe „Challenging Capitalist Modernity“ an der Universität Hamburg. Anders als in den Jahren zuvor konnte sie jedoch nicht wie geplant stattfinden. Auf einen Hinweis des Verfassungsschutzes über angebliche Verbindungen des NAQ zur in Deutschland verbotenen PKK untersagte das Universitätspräsidium wenige Tage vor Veranstaltungsbeginn die Nutzung der bereits genehmigten Räume. Ein kurzfristig angestrebter Gerichtsprozess blieb erfolglos. Die Konferenz musste in das Bürgerhaus Wilhelmsburg und in verschiedene Refugien linker Subkultur, wie das Gängeviertel und die Rote Flora, verlegt werden.

Die Intervention des Verfassungsschutzes und der anschließend, in vorauseilendem Gehorsam, erfolgte Entzug der Räumlichkeiten durch das Universitätspräsidium ist einer der massivsten Angriffe auf kritische Wissenschaft der jüngeren Vergangenheit. Schließlich handelte es sich, mit über 1300 erwarteten Gästen und international renommierten Wissenschaftler:innen wie John Holloway, um die größte

kapitalismuskritische Tagung der letzten Jahre. Wahrscheinlich im gesamten norddeutschen Raum, definitiv aber an der Universität Hamburg.

Weder das Prestige prominenter Redner:innen früherer Ausgaben wie David Graeber, Janet Biehl oder David Harvey, noch die Solidaritätserklärungen hunderter Unterstützer:innen aus Wissenschaft, Politik und Kultur bewegten die Universitätsleitung zu einer Positionierung gegen die politische Einflussnahme des deutschen Geheimdienstes. Stattdessen müssen die Ereignisse in eine Reihe von Versuchen gestellt werden, gesellschaftskritisches Denken weitgehend aus der Öffentlichkeit zu verbannen.

Damit beschränkt die Universitätsleitung nicht nur die Rede- und Wissenschaftsfreiheit derer, die dort eingeladen wurden. Sie verhinderte zudem die freie Meinungsbildung der Studierenden, die die Beiträge nicht anhören sollten. Als Argument für die Überlegenheit der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber anderen Herrschaftsformen wird häufig der offene Austausch mit antagonistischen Stimmen ins Feld

geführt. Es gelte, diese argumentativ zu entkräften, statt sie zu verbieten. Auch wenn dieses Ideal realiter kaum über seine Proklamation hinausging, muss es derzeit vermehrt selbst gegenüber Institutionen wie Universitäten eingefordert werden, die sich traditionell als Hort dieses Prinzips verstanden haben.

Trotz einer nachträglichen Beschlussfassung des Akademischen Senats, ist die Tragweite dieses Präzedenzfalls, unserer Ansicht nach sowohl unter der Studierendenschaft der UHH, wie darüber hinaus, zu wenig diskutiert worden. Aus diesem Anlass haben wir einige im Zuge der Geschehnisse des letzten Jahres entstandene Texte zusammengestellt, die wir hier ausschnittsweise erneut abdrucken. Zudem empfehlen wir die Aufzeichnung und Publikationen der Konferenz unter: <https://www.networkaq.net/>

Die erneute Veröffentlichung in diesem Heft dient der Dokumentation, Wortwahl und Aussagen macht sich die Redaktion nicht zu eigen.

Statement des AStA und NAQ zum Entzug der Räumlichkeiten

Wissenschafts- und Meinungsfreiheit an der Uni Hamburg verteidigen! Aufruf zur Unterstützung der Konferenz „We want our World back!“¹

[...] Während es in Hamburg bis heute keinen Untersuchungsausschuss zu den Verstrickungen zwischen dem „Verfassungsschutz“ und dem NSU gibt, maßt sich der gleiche Geheimdienst an, kritische Diskussionsveranstaltungen in eine terroristische Ecke zu rücken. Es ist ein Skandal ohnegleichen, dass der Unipräsident nicht die Souveränität der Universität verteidigt, sondern sich im Grunde vom Inlandsgeheimdienst diktieren lässt, wer wissenschaftliche Debatten in den Räumen der Universität führen

darf und wer nicht. Wir sind entsetzt über diesen Angriff auf die Organe der studentischen Selbstverwaltung, die Autonomie der Wissenschaft und die Meinungsfreiheit im Allgemeinen. Der neue Unipräsident Prof. Dr. Heekeren täuscht sich, wenn er denkt, er könne folgenlos den wissenschaftlichen Diskurs an der Universität einschränken.

[...] Können in Zukunft überhaupt noch kritische Veranstaltungen an der Universität Hamburg durchgeführt werden? Oder ist nur noch Forschung und Lehre erwünscht, die den gesellschaftlichen Status Quo akzeptiert? Wir werden nicht hinnehmen, dass Geheimdienste entscheidenden Einfluss darauf nehmen, welchen Inhalt wissenschaftliche Tagungen haben dürfen. Es liegt an uns allen, die akademische Freiheit zu verteidigen. [...]

<https://www.networkaq.net/downloads/statement.pdf>

1

Wo die Angst siegt – Ronen Steinke²

Angenommen, man wäre Präsidentin oder Präsident einer Universität, dann wäre der Blick ins Grundgesetz einerseits sehr erhebend. „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei“, steht da im Artikel 5, Absatz 3, das ist ein funkelnder Satz, der direkt dem Grundrecht der Meinungsfreiheit folgt. Das ist eine zivilisatorische Errungenschaft: Eine Uni ist kein Predigtstuhl der Regierung. Die Regierung darf der Wissenschaft keine Kommandos erteilen, sie darf keine Diskussionen unterdrücken.

Aber natürlich muss man sich, andererseits, erst einmal trauen, diese Freiheit auch zu nutzen, da darf es einem nicht zu schnell schwindelig werden. Man muss es aushalten, wenn politische Streitfragen nicht nur in den sozialen Medien heiß diskutiert werden, sondern es auch auf den Fluren des Campus mal lauter wird. Auch auf die Gefahr hin, Bachelor-Studierende beim Credit-Point-Sammeln zu stören.

[...] Die Kurdenpartei PKK ist in Deutschland zwar verboten, weil sie bei ihrem Kampf um politische Autonomie gegenüber der Türkei immer wieder auch auf Terroranschläge setzt. Aber dieses Verbot ist inzwischen sehr umstritten, es gibt ernst zu nehmende Menschen, die eine Aufhebung des Verbots und einen politischen Dialog vorschlagen, zum Beispiel der SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich – immerhin liefern die Deutschen mittlerweile sogar Waffen an die Kurden, wenn es gegen Islamisten und andere Menschenrechtsfeinde geht. Und wo, wenn nicht an einer Universität, sollte man über so eine Frage einmal kundig – und frei – diskutieren können?

[...] Angst vor Diskussionen, die heiß laufen könnten, Angst vor Diskussionen, die Studierende natürlich außerhalb der Uni ohnehin führen: Teilweise ist dies eine Angst, die die Landesregierungen den Universitäten einzujagen versuchen. Recht gezielt. [...]

Süddeutsche Zeitung vom 06. April 2023

<https://www.sueddeutsche.de/kultur/universitaet-hamburg-konferenz-meyen-1.5782521>

2

Der Akademische Senat beschließt mit 9 zu 3 zu 6 Stimmen folgendes³:

2. Der Akademische Senat empfiehlt dem Präsidium der Universität Hamburg, zukünftige Versuche des Landesamtes für Verfassungsschutz, auf den Inhalt und den Ablauf wissenschaftlicher Tagungen und Veranstaltungen an der Universität Hamburg Einfluss zu nehmen, zurückzuweisen.

Prof. Dr. Clement bittet darum, im Protokoll zu vermerken, dass er gegen diesen Punkt gestimmt habe.

³ Aus dem Beschluss des Akademischen Senats vom 13.04.2023 [<https://www.uni-hamburg.de/uhh/organisation/gremien/akademischer-senat/protokolle/as-prot/as-prot-801.pdf>]

Eröffnungsrede des AStA⁴

I am still shocked about the ruthless behavior of the university president who accused the conference of extremism and withdrew the permission to host the event on our campus. [...] The university chair bowing down to the state's intelligence service demonstrates the reality of an education system firmly chained by capitalist modernity. [...]

We resist! We resist the encroaching sense of hopelessness that seems endemic among those who seek social change these days. We resist decisions made in ivory towers over whose voices can and cannot be heard by people who only seem to be pulling their cloak of indifference tighter in the face of planetary crisis. We will resist the oppressive authorities in place and reclaim our campus to make it a convergence space for global, radical, political imagination.

We fight! We fight for a university which is truly structured along the basic premises of democracy and for a university where research and teaching that challenge the status quo are desired and encouraged. Because what we learned during the last two weeks is that democracy is and will always be a constant struggle, a process of continual becoming that can never be taken for granted. Real, bottom-up democracy means constant re-negotiation inspired by the will to create a more egalitarian future for all. [...]

We have been accused of radicalism but what does radicalism mean? Allow me to remind them of the origins of the word, that it comes from the Latin radix, meaning the root. This is precisely what we are attempting to do at this conference, addressing the root cause of the crisis. Fossil capitalism has gotten us to a point where the IPCC is warning us of a 3 degree global warming by the end of the century leaving vast parts of our planet uninhabitable. We need radical change, and we need it now. But instead, we are witnessing increasingly repressive lines of state action against climate justice activists, being sent to jail without trial in Germany, criminalized and defamed as terrorists. It is alarming that our university president adopts a strikingly similar rhetoric.

a rhetoric that even Guterres, the General Secretary of the UN, calls madness since „the truly dangerous radicals are the countries that are increasing the production of fossil fuels“. In this sense the university chair's accusations seem especially ironic against the backdrop of a 2016 resolution of the academic senate directed against the war of the Turkish government in the Kurdish regions calling for a peace settlement and voicing strong criticism of the repressive actions of the Turkish government against the signatories and the associated restriction of academic freedom. „This is an attack against democratic and critical science“ – the hypocrisy is unmistakable. Critical scientific exchange is supported only when taking place elsewhere. We will leave it to others to highlight the oppression of the Kurdish movement and so many other movements represented at the conference but want to emphasize the scandalous actions of the university chair. They are also revealing in light of the university's own history. It was founded in 1908 as a colonial institute. More than a century later, the current president is still unwilling to take debates from the global South seriously, instead dismissing them in a chauvinistic manner as unscientific party propaganda. Perhaps because he is aware that democratizing the university also endangers his status. [...]

It shows that if we find the courage to see beyond capitalism's rotten systems, we will most certainly face violent oppression in the struggle for the utopias of the future. This is why this conference is unique in the way that it has brought together people from all over the world to assert the right to self-determination and, in the sense of the communards of Paris in 1871, to regenerate the future through critical education. [...]

⁴ <https://www.youtube.com/watch?v=P2LYT3SkjXk>

Eröffnungsrede – Reimar Haider⁵

[...] In den letzten Tagen hatten wir zahlreiche Presseanfragen, ich habe einige davon beantwortet. Alle haben gefragt, was denn mit der Verbindung zur PKK ist. Ob diese Konferenz Propaganda für die PKK ist. Das ließ sich in 2-Minuten-Interviews nicht beantworten. Ich will diese Frage aber hier öffentlich beantworten. Vor allem habe ich mich gefragt, was denn der Geheimdienst, die Universität und die Presse so denken, wofür die PKK steht. Weiß irgendjemand, was ihre Forderungen sind? Was ihre ideologische Ausrichtung im Jahre 2023, dreißig Jahre nach dem PKK-Verbot von 1993. Die kurdische Freiheitsbewegung und ihr Vordenker Abdullah Öcalan haben tatsächlich diese Konferenz inspiriert. Was heißt das? Ein Charakteristikum des herrschenden Systems ist, alle Menschen und alle Themen voneinander zu trennen. Ökologie hat angeblich nichts mit der kurdischen Frage zu tun, Feminizid hat angeblich nichts mit Kapitalismus zu tun. Abdullah Öcalan hat die kurdische Bewegung ermutigt, niemals so zu denken. Alle Probleme sind verbunden, und alle Kämpfe dagegen und alle Lösungen hängen zusammen. Das ist seine Erkenntnis aus viele Jahrzehnten des Kampfes, aus Erfolgen und Misserfolgen sozialistischer Bewegungen, antikolonialer Kämpfe der Kämpfe der kurdischen Freiheitsbewegung. Deswegen hat er in Isolationshaft zahlreiche

Bücher geschrieben und ein neues, demokratisches, ökologisches und frauenbefreiendes Paradigma entworfen und zur Diskussion gestellt. Die Partei, die er wesentlich aufgebaut hat, hat diese Konzepte diskutiert und als eigene Leitlinien angenommen. Sie haben sich von der Ausrichtung auf die Errichtung eines Staates durch bewaffneten Kampf verabschiedet und sich demokratische Veränderung des Nahen Ostens auf die Fahnen geschrieben. Die Revolution in Rojava, das Gesellschaftsmodell, für das in Nord- und Ost immer noch täglich gekämpft und gestorben wird, sind inspiriert von dieser Vision, und sie geht jeden Tag weiter. Daher frage ich mich, was Journalistinnen und Geheimdienstbeamte meinen, wenn sie fragen, ob eine Nähe zur PKK besteht? Meinen sie, ob die Konferenz sich für demokratische Selbstbestimmung einsetzt? Meinen sie, ob die Konferenz einen radikalen ökologischen Wandel befürwortet? Meinen sie, ob die Konferenz die Organisierung von Frauen befürwortet, um das Patriarchat zurückzudrängen? Wenn wir zu all dem »JA« sagen, ist das gut und nicht schlecht. Wenn die PKK zu all dem »JA« sagt, ist das gut und nicht schlecht. Wir denken für uns selbst und nehmen keine Anweisungen von irgendwem entgegen, wie wir zu denken und zu diskutieren haben. Weder von politischen Parteien noch von Geheimdiensten.

<https://www.youtube.com/watch?v=5uerqsbmYfg>

5

Das Audimax – John Holloway⁶

Ich war eine Zeit lang an den Universitäten in Tübingen, Frankfurt und Köln, ich liebte Ernst Bloch, Theodor Adorno, Herbert Marcuse und war stark von Freunden wie Joachim Hirsch, Elmar Altvater, Christel Neusüss, Heide Gerstenberger und vielen anderen beeinflusst. In meiner Vorstellung waren deutsche Universitäten Räume des gründlichen, kritischen Denkens oder zumindest Räume, in denen gründliches, kritisches Denken entwickelt werden kann.

Und nun dies! Ich nehme die Dummheit dieser Entscheidung als einen persönlichen Affront wahr, der meine romantischen Illusionen zerstört. Wie kann eine Institution, die drei Tage kritischen Denkens verbannt, sich selbst als Universität bezeichnen? Diese lächerliche, verkommene Entscheidung, ruiniert die Reputation der Universität Hamburg und schädigt damit die des deutschen Universitätssystems. Schämen Sie sich, Dr. Hauke Heekeren! Sie haben den Reichtum Ihrer eigenen Tradition betrogen.

Hier. Jetzt. Wir. Ausgestoßen aus dem Audimax. Ausgestoßen aus der Universität Hamburg.

Hier, jetzt, geben wir der Bildung eine neue Ausrichtung. Hier, jetzt, wir rufen wir in die Welt hinaus: Wir wollen unsere Welt zurück! Widerstehen, Zurückfordern und wieder aufbauen. Macht autonome Bildung und organisiert Euch. Und hier, jetzt, wir sagen deutlich: Fuck off, Dr. Heekeren! Fuck off, Verwaltungsrat der Universität Hamburg! Fuck off, Verfassungsschutz. Wir brauchen Euch nicht, wir machen es selbst.

Aber da gibt es noch mehr als dies. Ja, wir haben die Universität verlassen, um autonome Bildung zu machen und die beschämende, beschämende Entscheidung der Universität unterstreicht deren Bedeutung. Aber viele von uns, die hier sind, als Lehrer, als Studenten, als Eltern oder als was auch immer, sind nicht vollständig von Universitäten oder Schulen ausgeschlossen. Wir wollen nicht einfach weglaufen, wir wollen Universitäten und Schulen als Orte des Kampfes begreifen. Wir wollen unsere Universitäten und Schulen zurückhaben. Mein Freund Lars Stubbe hat mir etwas über die Kämpfe hier an der Universität Hamburg erzählt und wie die hier hervorgebrachte Parole „Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren“ zu einer zentralen Parole der Studentenbewegung der späten Sechziger Jahre wurde. An den Universitäten gibt es ständig einen Kampf darüber, wie Entscheidungen getroffen werden und auch darüber, und das ist wesentlich, worüber wir sprechen und wie wir darüber sprechen. Dies ist nicht immer ein spektakulärer Kampf, aber es ist ein Kampf, den wir, die an den Universitäten und Schulen sind, in jeder Schulstunde, in jedem Seminar führen, bei jeder Abschlussarbeit, jedes Mal wenn wir schreiben, jedes Mal wenn wir sprechen. [...]

6 <https://www.youtube.com/watch?v=8ZPRNukVsCk>

Bootlicker: Uni-Präsident Hauke Heekeren entzieht kritischer Konferenz die Räume – Gegenkollektiv⁷

[...] Beim Entzug der Räumlichkeiten für die Konferenz „We want our world back“ handelt es sich um einen Angriff im dreifachen Sinn. Das Universitätspräsidium versucht die Absage mit Verweis auf den Verfassungsschutz vor allem als Angriff auf die kurdische Bewegung zu framen. Allerdings ist augenfällig, dass es sich gleichzeitig auch um einen Angriff auf die Uni als ein selbstverwalteter Raum ihrer Mitglieder handelt und eine Attacke gegen die kritische Wissenschaft ist. Dieser Fall steht dabei nicht unverbunden im Raum, auch wenn die Qualität hier vielleicht eine neue ist. Der Angriff des Universitätspräsidiums steht dabei in der Kontinuität verschiedener Entwicklungen der letzten Jahre.

Im Folgenden werden wir die verschiedenen Dimensionen der Bedeutung der Konferenzabsage besprechen. Dass eine Veranstaltung mit einem solchen Bekanntheitsgrad und internationalen Charakter und so kurzfristig die Räumlichkeiten entzogen wurde, ist ein Präzedenzfall an der Uni Hamburg. Dabei ist es kein Zufall, dass es sich bei der Veranstaltung um eine antikapitalistische Konferenz mit antikapitalistischen Forderungen handelt, kein Zufall, dass die Absage eine Konferenz trifft, die Alternativen zum herrschenden Gesellschaftssystem untersucht; die nicht nur feststellt, nicht versucht neutral zu sein, sondern sich im Rahmen der kritischen Wissenschaft bewegt und damit den Anspruch hat in die Verhältnisse einzugreifen und Gesellschaftsprobleme anzugehen.

Während sich die Uni nicht zu schade war, 2019 mit der Rekrutierung einer Hundertschaft sowie einem Sicherheitsdienst für 100.000€ sicherzustellen, dass der rechte Parteigründer Bernd Lucke seine reaktionäre Lehre der instrumentellen Vernunft predigen kann, wird kritische Wissenschaft neuerdings, ohne mit der Wimper zu zucken, untersagt. Mit der sogenannten „Wissenschaftsfreiheit“ ist hier nichts mehr zu begründen, stattdessen wird hier so deutlich wie nie, dass die Uni

reaktionäre, kapitalistische Werte vertritt und mit allen Mitteln durchzudrücken versucht. Gleichzeitig zeigt die Entziehung der Räumlichkeiten von Seiten der Uni auch, was wir eh schon lange beobachten können: Studis wird immer mehr verunmöglicht Uni-Räume zu verwalten und sich gemeinsam in solchen zu organisieren, obwohl es ihnen als deren Mitglieder wohl am meisten zusteht. Das Café Knallhart ist einer der wenigen Räume, die den Studis als selbstverwalteter Raum geblieben sind und selbst dort wurde vor einigen Jahren ein Hanau-Gedenktranspi – auf Beschwerde der Bullen – bereitwillig von der Uni entwendet.

Fakt ist, dass Studis schon lange nicht mehr bei der Verwaltung der Uniräume mitzureden haben. Stattdessen verfügt die Uni autoritär darüber, was in jenen vermittelt wird, wie es beispielsweise auch schon 2019 (?) deutlich wurde, als die Uni eine kommerzielle Konferenz veranstalten wollte, wodurch Uniseminare der Ethnologie weichen mussten.

Der zentrale Ansatzpunkt der Uni in der Begründung für den Entzug der Räume liegt in der Kriminalisierung von den kurdischen Genoss*innen, welche systematisch vom deutschen Staat organisiert wird. Der Unipräsident Hauke Heekeren macht sich also mit der Absage der Konferenz zum Handlanger von deutschen und türkischen Faschist*innen. Der Pakt der deutschen Behörden mit Erdogans Regime muss besonders aktuell vorm Hintergrund der Wahlen in der Türkei reflektiert werden.

Vor diesem Hintergrund der diskutierten Bedeutung der Konferenz erscheint es wie eine besonders herbe Niederlage, dass das Unipräsidium trotz des internationalen Gegenprotests mit wichtigen Stimmen wie der von Silvia Federici, nicht dazu gedrängt werden konnte, die Räumlichkeiten für die Konferenz freizugeben. Weite Teile der Vorträge mussten in das Bürgerhaus in Wilhelmsburg und die Rote Flora umziehen. Auch

die rechtliche Auseinandersetzung wurde verloren (nicht verwundernswert, dass die institutionalisierte Reaktion auch die Justiz umfasst).

Dem spontanen Gegenprotest – in Form einer öffentlichen Kampagne, eine Kundgebung, der rechtlichen Auseinandersetzung, einer Transparentaktion unter dem Motto „Hauke Handlanger“ am Café Knallhart und dem Protest vor der letzten Sitzung des Akademischen Senats der UHH und der hitzigen und kritischen Diskussion innerhalb der Sitzung – muss man zugutehalten, dass es den Beteiligten sowohl um die konkrete Durchführung der Konferenz ging als auch darum, den Auseinandersetzungen einen allgemeineren Charakter in Bezug auf die Entwicklung der Hochschule zum Inhalt zu geben.

Kritisch zu hinterfragen sind in dem Gegenprotest allerdings Verweise auf die sogenannte Wissenschaftsfreiheit. Dieses Narrativ hat in der jüngsten Vergangenheit vor allem dem Reaktionären gedient. Die Wissenschaftssenatorin Fegebank verwendet ihn mit Vorliebe, um die Freiheit der Hochschulen zu betonen, die Unterfinanzierung zu verwalten. Auch in der Auseinandersetzung um den rechten Organisator Bernd Lucke wurde das Schlagwort ‚Wissenschaftsfreiheit‘ von der Reaktion gekapert. Es wurde verwendet, um Lucke zu legitimieren und den Protest der Studierenden zu brechen. Die entsprechende Debatte um Wissenschaftsfreiheit im Akademischen Senat der UHH brachte ein Papier hervor, was ursprünglich initiiert wurde, um die Wissenschaftler*innen gegen Rechts zu schützen, in der Konsequenz allerdings so geschrieben war, dass ein professorales Mitglied des Senats allerdings zu der Position brachte, dass sie sich in Zukunft schützend vor Lucke stellen würde, sollte dieser noch einmal von Papierkugeln bedroht sein. Der Begriff Wissenschaftsfreiheit wird zur Bedrohung, wenn eine Neutralität suggeriert wird. Vermeintliche Neutralität, welche emanzipatorische Kräfte als Parteinahme für

Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse entlarven müssen. Dagegen braucht es eine kritische Wissenschaft, die von allen Hochschulmitgliedern selbstbestimmt zur Erkenntnis über- und der Bearbeitung von Menschheitsproblemen befähigt.

Diese Auseinandersetzung war auch ein spannender Einstand für den verhältnismäßig neuen Präsidenten der Universität Hamburg. Hier hat sich schnell gezeigt, dass sein betont kumpeliges Verhältnis zu den Studierenden und das zugewandte, vermeintlich lockere Gehabe gegenüber den Universitätsangestellten nur allzu schnell schwindet und sein autoritärer Führungsstil ganz klar zum Vorschein kommt. Eine Erkenntnis, die auch eine Mahnung für kommende Auseinandersetzungen sein muss, denn das wird nur eine Gelegenheit gewesen sein, den autoritären Zuschnitt der Universität voranzutreiben. [...]



von David Ewert

Die Zwanzigerjahre heute – Proust und die Krise der Erfahrung

Prousts Werk ist in Anbetracht der
Entwertung menschlicher Erfahrung
der Klageschrei eines neugeborenen
Jahrhunderts.

„Die dauernde Vision dieses eingebildeten Glücks half mir die Vernichtung des wirklichen Glücks ertragen.“

(Im Schatten der jungen Mädchen | Marcel Proust)

Reflexion über die Lektüre von Marcel Proust erlaubt wenig Distanz zum Gegenstand, als einem aus der Ferne betrachteten, dem Selbst gänzlich äußeren. Proust selbst mahnt daran, dass Wahrheit die Erfahrung von Welt in persönlichster Auseinandersetzung des Ichs als weltvermittelndes, subjektives Prinzip voraussetzt und erst in ihr sich abzeichnet. Zu finden ist dies nicht nur darin, dass die „Suche nach der verlorenen Zeit“, eine durch die Erinnerung führende, die Facetten des kleinsten durch die sinnliche Erfahrung durchschreitende Reise ist, sondern in der Tätigkeit des Schreibens selbst, die Proust abseits der Gesellschaft, in einem Kork getäfelten Raum, bei zugezogenen blauen Gardinen zubrachte. Die Welt ist eine höchst persönliche Angelegenheit. Das Produkt des Schreibens, das der sinnlich-geistigen Tätigkeit entspringt, und diese nicht zu abdestillieren sucht, ist eng an die Brust des Autors gebunden. Zuweilen muss es dem Schreiber geradezu abgerungen werden.

Nach dem Lesen des ersten Teils von Prousts „Auf der Suche nach der verlorenen Zeit“: „In Swanns Welt“, erscheint die Gezwungenheit manch eines Intellektuellen, in welcher ein konstant verunsicherter Blick nach der Brüstung jeden Schritt schriftstellerischer Produktivität begleitet, wie ein Versteckspiel, mit dem Zweck, etwas Tieferes zu verbergen. Namentlich, dass dem ehrlichen Schreiber das Geschriebene am liebsten in Tagebuchform daläge, das nur dadurch gelesen wird, dass es jemand des Nachts heimlich öffnet und dies wiederum unserem Schreiber über Ecken als gut gehütetes Geheimnis doch einmal bekannt wird. Deswegen hasste Baudelaire auch seine Leserschaft, vor der er das Gefühl hatte, sich prostituieren zu müssen. Das machte ihn zu einem großartigen Schriftsteller.

Im Essayistischen soll dem die Treue gehalten werden. Wir wollen nachempfinden, was diese Hypostase der Erfahrung von Welt als subjektives Prinzip bei Proust ausmacht, worin hier ein weltgeschichtliches Moment in literarischer Gestalt durchbricht.

Proust ließe sich wahrlich als der Autor des 20. Jahrhunderts lesen¹. Inmitten eines zusammenbrechenden Liberalismus, in der Götterdämmerung des anbrechenden Weltkrieges, vergegenwärtigt sich Proust die Pariser Salons um 1900. Bezeichnend erscheint der erste Teil der Suche nach der verlorenen Zeit 1914. Dabei stellt Proust die *Belle Époque* dem beginnenden 20. Jahrhundert nicht einfach gegenüber. Seine Reise, in der im Eingedenken an vergangene Zeiten spätsommerliche Düfte, dicke Eichen und die sanften Wasser der Vivonne, Seerosen wiegend aufsteigen, ist Funktion und Ausdruck der Erfahrung des endenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts. Rastlos und am Glücke hängend wie ein Kind am Rockzipfel der Mutter, ist Prousts ungeheure

Kraftanstrengung eine Hommage an etwas, das in Anbetracht der Erfahrung der wachsenden Weltentzauberung im Rahmen einer allgemeiner werdenden Krise auf der Kippe stehend, unwiederbringlich hinabzufallen droht.

„Proust, dieses greise Kind, hat, tief ermüdet, sich an den Busen der Natur zurückfallen lassen, nicht, um an ihm zu saugen, sondern um bei ihrem Herzschlag zu träumen.“ (Zum Bilde Prousts | Walter Benjamin)

Nur in der Erinnerung lässt sich die Welt noch nah rücken. Der Charakter der Erzählung ist gänzlich in die Farbe dieser Praxis getaucht. Die Vergegenwärtigung des Vergangenen hat die Struktur des Traums. Durch die Konkretion hindurch gelingt es Proust, die knetengleiche Substanz des Traumens nicht zu verlieren, sondern vielmehr auf einer Bühne vor aller Welt als das Menschlichste, das die Menschheit nie kannte, in Bewegung zu bringen.

Subjektivität als Prinzip der Erfahrung des Schönen wird in der Erfahrung der Krise von Subjektivität beschworen². Darin liegt, unter aller Leichtigkeit, die etwa das Leben in Combray ausstrahlt, die Schwermut der Proustschen Erzählung. Die Ursachen des Unterfangens dringen in die Erzählung, welche sich hütet aus dem Traumreich mit seiner Geburtsstunde verbunden zu werden, immer wieder durch, wie einem Schlafenden der Lärm der an seinem Schlafplatz angrenzenden Straße, die Oberfläche eines Wasserglases in seinem Traum zum Zittern bringt. Dies ist das Wesen des Schwelgens in Erinnerungen, die uns die verlorene Heimat wiederbringt, und die als solche in ihrer tatsächlichen Existenz (ob es wirklich so war) dadurch, dass sie durch die Not zur Vorstellung erst sich einstellte, immer schon in Zweifel sein muss. Die Nostalgie, die aus diesen Punkten gedeiht, ist getragen durch ehrliche Trauer. Im Takt zur Ungewissheit, ob die Vergangenheit einem wirklich gehört hat, schwingt ein Bangen um das menschliche Glück, als eines, das allenfalls beschworen, dem Leben aber nicht vollends leibhaftig werden kann.

Spricht das Allgemeine stets durchs Partikulare, so ist es Prousts rücksichtslose Versenkung ins Kleinste, in der die Erosion durchs Allgemeine, dem Situativen als Wahrheit anhaftet. Dass dem so ist, wird offenbar bei jenen, welche „die Gesellschaft“³ als aristokratische Maske tragen, um der Gesellschaft zu entfliehen. Die Überlegung, inwiefern das Verhältnis des Einzelnen zur Gesellschaft die Frage nach der menschlichen Erfahrung tangiert, ist lebendig in jeder Faser des Romans. Sie ist ihm vollständig immanent, aber nie genannt. Prousts Stürme im Wasserglas sind bereits der allgemeine Sturm, der diesen in Retrospektive wie einen das Gewitter ahnenden und im hohen Gras sich duckenden Hasen erscheinen lässt. Sein Werk ist in Anbetracht der Entwertung menschlicher Erfahrung wahrhaft der Klageschrei eines neugeborenen Jahrhunderts. Walter Benjamin, der zusammen mit Franz Hessel den zweiten und dritten Band von Prousts „Auf der Suche nach der verlorenen Zeit“ ins Deutsche übersetzte, bezeichnet den weltgeschichtlichen Moment seines Werks wie folgt:

„Prousts Bild ist der höchste physiognomische Ausdruck, den die unaufhaltsam wachsende Diskrepanz von Poesie und Leben gewinnen konnte.“ (ebd.)

Und wachsend war sie sicherlich. Es gibt wenig Raum für eine Welt, in der die menschliche Erfahrung, durch die Hingabe zum Kleinsten, ohne Misstrauen, sich dabei zu verlieren, aufblüht, wo diese sich in Gestalt eines Weltkrieges zur antagonistischen Totalität zusammenzieht.

„Nein, soviel ist klar: die Erfahrung ist im Kurse gefallen und das in einer Generation, die 1914–1918 eine der ungeheuersten Erfahrungen der Weltgeschichte gemacht hat. Vielleicht ist das nicht so merkwürdig wie das scheint. Konnte man damals nicht die Feststellung machen: die Leute kamen verstummt aus dem Felde? Nicht reicher, ärmer an mitteilbarer Erfahrung.“ (Erfahrung und Armut | Walter Benjamin)

Es war, als ob die Welt alles private Leben in sich aufsaugte, in die Luft riss und krachend zu Boden schleuderte. Vor ihr gab es kein Entkommen. Das Privatleben wurde vollständig in den Raum des Öffentlich-Politischen desintegriert. Allein der Name Weltkrieg verrät, in welchem Ausmaß die unmittelbar alltägliche Erfahrung der vermittelten Welt der Öffentlichkeit entgegengestellt wurde. Der Grad der Politisierung eines 13-Jährigen um 1918, der wie viele im Juli 1914 aus dem Sommerurlaub gerissen wurde, ist heute unvorstellbar. Dieser war aber aus der Kraft geboren, mit der das politische Geschehen selbst über die abgelegensten Dörfer hinwegfegte. Plötzlich waren die Franzosen rachelüstern, die Russen Barbaren und die Engländer Neider auf ein prosperierendes Deutschland. Ganz gleich, welchen Standpunkt jemand einnahm, man wurde zum weltpolitischen Bürger, einfach weil die Welt unablässig zur Politik drängte. Freilich wurden die Menschen dies in unterschiedlicher Gestalt. Ob als Soldat an der Front, im nationalistischen Enthusiasmus, als Revolutionär in der Hoffnung auf Weltrevolution oder einfach in Gestalt einer Mutter, die im Stillen ihren gefallenen Sohn betrauert. Durch das Aufbäumen des Öffentlich-Politischen gegenüber dem Privaten war das Öffentlich-Politische nicht zu ignorieren und das Private wurde vom Politischen zunehmend erodiert.

Die Jahre 1918 bis 1923 stehen ganz im Zeichen dieser Tendenz. Im politischen Spektakel gefangen, erlebte man die deutsche Revolution, die Ausrufungen der Republik, den Kapp-Putsch, die Rathenau Zeit, bis zu einem Jahr, in dem alles kulminierte: 1923. Beginnend mit der von patriotischer Hochstimmung begleiteten Besetzung des Ruhrgebiets, steigerte sich im Strudel der Hyperinflation der Taumel einer Nation, in der alles Tradierte zerbrach. Aus den Ruinen des Bankrotts von Alter und Erfahrung, der Implosion aller bewährten Lebensregeln, stiegen predigende Erlöser wie Haeusser in Berlin, Hitler in München oder Lamberty in Thüringen. Doch wider aller Erwartung stabilisierte sich Deutschland. Die Rentenmark leitete die Stresemann-Epoche ein und es begann eine kurze Zeit der Ruhe.

„Das Himmelreich war wieder weit entfernt, keinerlei Nachfrage nach Heilanden oder Revolutionären.“

(Sebastian Haffner | Geschichte eines Deutschen)

Aber die müden, skeptischen Augen der Generation, die im beginnenden 20. Jahrhundert erwachsen wurde, einen Weltkrieg, einen Lehrgang in Revolution durchlief, und den Taumel der Nachkriegszeit hinter sich hatte, blickten nicht mit Vorfreude auf den Einzug in die Freuden eines bürgerlichen Privatlebens.

„Diese Jugend selbst kannte nichts als öffentlichen Lärm, Sensation, Anarchie und den gefährlichen Reiz unverantwortlicher Zahlenspiele. Sie wartete nur darauf, dass alles in noch größerem Stil, als man es ihr vorgemacht hatte, selber veranstalten zu können und fand inzwischen alles private Leben langweilig, bürgerlich und vorgestrig.“ (ebd.)

War das Private durch in den Bann des Öffentlichen getreten, so wurde es von diesem entweiht wieder ausgespien. Das Zeitalter der Bourgeoisie und des Liberalismus war zwar vorbei, aber ohne Alternative verblieben. Der deutsche Nationalismus stand einem gefallenen Kaiserreich mit unwürdigen sozialdemokratischen Erben gegenüber. Der deutsche Internationalismus der Arbeiterbewegung stand vor den Überresten der gescheiterten Weltrevolution. Der Erste Weltkrieg hatte nichts gelöst.

„Talleyrand hat einmal gesagt, wer nicht vor 1789 gelebt habe, habe die Süßigkeit des Lebens nicht gekannt.

Ältere Deutsche haben ähnliche Aussprüche mit Bezug auf die Zeit vor 1914 getan.“

(Sebastian Haffner | Geschichte eines Deutschen)

Reich an Erlebnissen und Erfahrungsarmut waren die Deutschen bereit für den Nazismus. Zumindest für das Abenteuer eines alles überschwemmenden, billigen Massenrausches. Dass Hitler ein Mensch ohne Privatleben war, ist ein geläufiges und häufig überspitztes Argument, insofern man einen Mann für einen Weltkrieg verantwortlich macht. Aber es ist kein Wunder, dass die personifizierte Unterwelt zur relevantesten Person des 20. Jahrhunderts avancierte. Es lässt sich nichts organisieren, was nicht latent als Tendenz bereits vorliegt. Was Hitler anziehend machte, war, dass er verstand, jene Niederträchtigkeiten, die nur aus einem entwerteten Leben entspringen, zu Glorie emporzuheben. So wurden die Dumpfen und Rohen, solche, die nicht wussten, was ein persönliches Leben heißt, zu Geburtshelfern einer wieder auf erstandenen Nation. Der Neid auf die Vergangenheit war ein produktives Moment, eine Form der Gegenwartsbewältigung. Hitlers Reichstagsumzug nach Potsdam zum Bronzesarg Friedrichs des Großen zeigt ihre Tragikomik. Nicht von außen drangen die Diktaturen in die Welt ein, sondern aus ihrer Mitte. So warf die Weimarer Zeit tragisch ihre Schatten voraus, bereit und gedrunken, die Welt am Schopfe zu packen, dass sie einem doch noch einmal gehöre.

Hier das Poster herauslösen.
Foto: Unité d'Habitation Berlin,
Nora Kemken



Phase 2

**Zeitschrift gegen
die Realität**

www.phase-zwei.org

Einzelpreis: 5€
Abonnement: 22€ für fünf Ausgaben

Abonnemente können auf <http://www.phase-zwei.org/abo/> abgeschlossen werden, dort finden sich auch die Abopremien, oder per Mail an: abo@phase-zwei.org

Nº





Der Kommunismus wird sein ein Aspirin von der Größe der Sonne.

Roque Dalton

communaut
sozialrevolutionäres journal

communaut.org

GegenArgumente Hamburg

„Im übrigen fängt Kritik nicht damit an, dass sie an sich die kritische Frage stellt, ob sie weitergeht, praktisch und konstruktiv ist. Sie beginnt damit, dass man sich Rechenschaft ablegt darüber, woher all das kommt, was man als Belästigung und Schaden wahrnimmt. Wer auf das bisschen Ursachenforschung verzichtet, vertut sich womöglich im Engagement, sucht sich Ort, Zeit und Adressat wie Gegner seiner Bemühungen verkehrt aus. Dann vergeht das Leben, und man war fürs Klima demonstrieren, hat sich im Gendern perfektioniert und eine Liste fürs StuPa gewählt, während die Klassengesellschaft funktioniert, dass es kracht.“ nach: Die Klassen (II), MSZ – Gegen die Kosten der Freiheit

In diesem Sinne bieten wir mehrmals im Semester Vorträge und einen regelmäßigen Diskussionstermin.

Alle Infos unter: www.gegenargumente-hamburg.de

**Straßen
aus
Zucker**

**DIE ANTINATIONALE BRAVO
KOSTENLOS BESTELLBAR
ÜBERALL HIN LIEFERBAR
LEICHT VERSTÄNDLICH**

KARIES FÜR DEUTSCHLAND



Was heute lebendig bleibt, ist, was Proust damals auf die Reise schickte: das Gefühl, dass das Beste auf der Strecke bleibt und wir „keine Zeit haben[,] die wahren Dramen des Daseins zu leben, das uns bestimmt ist.“

Vielleicht war es der Durst nach Erlösung, der den Einzelnen in die Masse trieb.

Halbt im Enthusiasmus der frühen Nazis nicht auch ein Verlangen Prousts nach? Wenn Proust an jener berühmten Stelle zur Madeleine schreibt, sich zu erinnern, erlebe er als ein durchströmendes, ungeheures Glücksgefühl, das ihm, wie die Liebe, mit einem Schlag *„die Wechselfälle des Lebens gleichgültig werden lässt, seine Katastrophen ungefährlich, seine Kürze imaginär“* sodass er aufhörte sich *„mittelmäßig, zufallsbedingt, sterblich zu fühlen“*⁴, dann lässt sich hinter der Diskontinuität der Formen von Literatur und Politik eine Kontinuität in dem Versuch einer entglittenen Welt noch habhaft zu werden erraten, ein gemeinsamer Zeitgeist riechen.

Im Rausche der Zeit bleibt menschliche Erfahrung bis heute auf der Strecke. Das Verhältnis von Partikularem und Allgemeinem, das Proust in der Erinnerung wiederzubeleben suchte, ist in der negativen Dialektik von Privatem und Politischem durch das 20. Jahrhundert hindurch, bis heute, der bestimmte Ausdruck einer gesellschaftlichen Krise, die sich ungebrochen entfaltet. Der Zwang zur Politik, der aus den Widersprüchen bürgerlicher Sozialbeziehungen erwächst, hat nichts Heroisches, so wenig wie das zum Last stemmen verurteilende Private gegen diesen. Darin hat letzteres bereits seine Ohnmacht ausgesprochen. Interaktion mit der Welt gestaltet sich dort, wo sie dem tiefsten Innern entspricht: nicht als interaktives Versinken in Erfahrung, sondern negativ als Drang, in Ruhe gelassen zu werden⁵. Zumal als einer gegen sich selbst. Wir haben uns schon so daran gewöhnt, das Private als letzte Herberge unserer Seele zu hüten, in der das Einzelzimmer durch endlose Verglasung vorm Lärm der Stadt versteckt, dass dabei in Vergessenheit gerät, dass es nicht das Private ist, was vorm Auge des Weltgeistes in Deckung gehört, sondern dass dieses in demselben Maße Seismograf einer weltlichen Krise ist, wie es uns als zu Behütendes gegen die weltliche Krise erscheint. Mit einem Ausspruch Benjamins: *„Ja, gestehen wir es ein: Diese Erfahrungsarmut ist Armut nicht nur an privaten, sondern an Menschheits-erfahrungen überhaupt.“* (Benjamin | Erfahrung und Armut)

Was heute lebendig bleibt, ist, was Proust damals auf die Reise schickte: das Gefühl zu altern, ohne älter zu werden, dass man immer zu alt ist, um jung zu sein und gleichzeitig zu alt, um erwachsen zu werden. Das Gefühl, dass das Beste auf der Strecke bleibt und wir *„keine Zeit haben[,] die wahren Dramen des Daseins zu leben, das uns bestimmt ist.“* (ebd.)

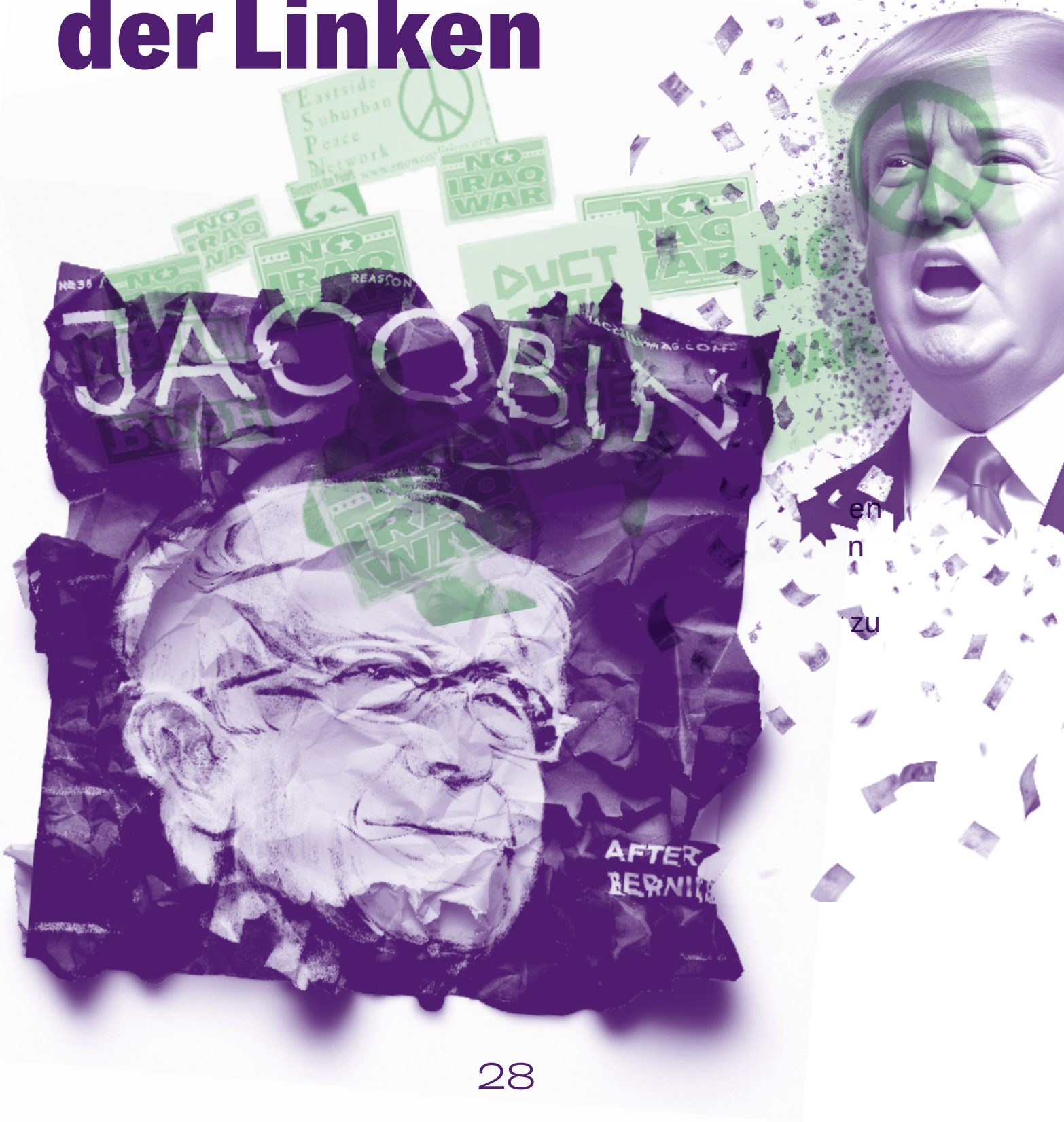
Was zurück blieb, war, was sich nicht durch das Jahrhundert retten konnte und heute noch schwer festzuhalten ist: Das Licht der Utopie, das durch Prousts Vergegenwärtigung verlorener Zeit hindurch auf ein erfülltes Leben strahlt, in der das Glück dem Menschen als poetische Erfahrung des Lebens zuteil würde. Kontraintuitiv galoppiert dieses Versprechen mit fortschreitendem Elend nicht mit. Über 100 Jahre nach seinem Erscheinen noch wie Proust zu schreiben, wäre Kitsch oder Satire. Ohne das Gefühl darin belogen zu werden, dass ein Mensch in der Lage ist, so tief zu fühlen, so scharf zu beobachten, so gut zu schreiben, lässt sich Proust heute nicht lesen. Dort, wo Adorno recht behält, wenn er schreibt: *„Noch der Baum, der blüht, lügt in dem Augenblick, in welchem man sein Blühen ohne den Schatten des Entsetzten wahrnimmt“*⁶, bleibt die Weltgeschichte Proust gegenüber einem Schuldner; sind die 20er noch immer nicht ganz vergangen.



- 1 Das 20. Jahrhunderts wird hier und im weiteren Text, als „kurzes“ (1914 – 1991) verstanden.
- 2 Dass sowohl Heidegger als auch Lukács auf dasselbe Problem der entfremdenden Dimension von Subjektivierung als Objektivierung reagierten, zeigt die Allgemeinheit des Themas.
- 3 Im Roman ein gebräuchlicher Begriff für die hohen Kreise, in denen Würden und Titelträger verkehren.
- 4 (Marcel Proust | In Swanns Welt)
- 5 Jene, die unter dem Druck des Politischen, in die Suche des Privaten im Politischen umschlagen, sind nur die andere Seite der Medaille.
- 6 (Adorno | Minima Moralia)

von Platypus Halle

Jacobin und die Krise der Linken



en
n
zu

Um eine fortschrittliche Geschichte der Linken darzustellen und dieser heute noch Relevanz zuzuschreiben, muss das *Jacobin Magazin* weit hinter die ursprünglichen Ideen des Marxismus zurückfallen.

Linke Selbstzerstörung

Was bedeutet es, von einer Liquidation der Linken zu sprechen? Im Folgenden ist mit der „Linken“ die historische Tendenz gemeint, die den Kapitalismus überwinden und in diesem Prozess zu einer befreiten Gesellschaft gelangen will. Eine radikale Linke als eigenständiger, durchsetzungsfähiger politischer Akteur ist aktuell abwesend. Die gegenwärtige Linke kann ihre utopischen Ziele weder erreichen, noch nachvollziehen, woher ihre eigenen Ideen, Taktiken und Strategien kommen. Anstatt ihr eigenes Handeln zu reflektieren, um daraus zu lernen, reinszeniert sie immer wieder ihr eigenes Scheitern. Immer wieder löst sie sich selbst in demokratisch-kapitalistischen Parteien und Institutionen auf, in der Hoffnung, diese zu radikalisieren oder ein größeres Übel abzuwenden – sie liquidiert sich selbst oder existiert ohnmächtig in kleinen, verschworenen Gemeinschaften als Sektierertum. Gegenwärtig scheint es, als wäre der Handlungsspielraum einer Linken auf das Artikulieren von „Positionen“ und auf das Verhindern des Weltuntergangs beschränkt.

Dem entgegen entstand Marxismus als politisches Projekt, als immanente Kritik einer organisierten, weltweiten sozialistischen Bewegung im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Diese Bewegung ist nach der Russischen Revolution 1917 fundamental gescheitert und heute sind die Möglichkeiten eines solchen Projekts so unklar wie noch nie. Es folgten der Stalinismus der 20er und 30er Jahre, die Neue Linke der 60er und 70er, die postpolitische Wüste der 80er und 90er Jahre und schließlich folgte um die Jahrtausendwende die *Millennial Linke*.

Die Millennial Linke entstand im Zuge der Anti-Irakkriegs-Proteste, der Wahl von Obama, der Finanzkrise und der Occupy-Bewegung. Mit der Bernie Sanders Kandidatur 2016 befand sich die Millennial Linke am Höhepunkt, doch mit der Wahl von Trump erlebte sie zugleich ihren Niedergang. In Deutschland etablierte sich die Linkspartei zunächst als Opposition zum Schröder-Kurs der SPD und dann als Opposition zur Merkel-Ära. Natürlich gibt es Unterschiede in der deutschen und amerikanischen Entwicklung der Millennial Linken, doch alles in allem schaffte sie es nie über ihren Ursprungsmoment hinauszugehen. Sie verblieb als Opposition zum Neoliberalismus und geriet, wie der Neoliberalismus selbst, mit der Wahl von Trump in eine Krise, die sie weder begreift noch zu begreifen versucht.

Die Geschichte der Linken ist eine Abfolge von Niederlagen, an deren Ende wir heute stehen. Die Linke kann nicht mehr verlieren, weil sie schon verloren hat.

Um eine fortschrittliche Geschichte der Linken darzustellen und dieser heute noch Relevanz zuzuschreiben, muss das *Jacobin Magazin* weit hinter die ursprünglichen Ideen des Marxismus zurückfallen. Das *Jacobin Magazin* macht solche Kompromisse mit der Theorie, um sich die historische Niederlage nicht einzugestehen.

Vielleicht – vielleicht – kann der aktuelle Moment für eine Rückbesinnung genutzt werden. Welche Organisationen und Projekte hat die Generation der Millennial Linken politisch hervorgebracht? Haben sie geholfen, das ererbte Scheitern vergangener Generationen bewusst zu reflektieren oder gar zu überwinden?

Jacobin

Das *Jacobin Magazin* ist als Teil der Millennial Linken gegründet worden und hat sich ausdrücklich dem Aufbau einer sozialistischen Bewegung verschrieben, die dazu beitragen sollte, radikal-emanzipatorische Politik wieder möglich zu machen. Die Gründung des *Jacobin Magazin* erfolgte im Jahr 2010 durch Bhaskar Sunkara. Es war der Versuch, den Marxismus aus dem Sektierertum zu befreien und für ein liberales Mainstream-Publikum zugänglich zu machen. Bhaskar Sunkara wollte zwei linke Strömungen fusionieren: die DSA (Sozialdemokratie)¹ und die ISO (Cliffites, unorthodoxe Trotzkisten). Linksliberale sollten mit radikalen Ideen in Kontakt kommen, um darüber eine Hegemonie herzustellen. Den Anspruch des Magazins formulierte der Gründer Sunkara auf der von der „Platypus Affiliated Society“ veranstalteten Podiumsdiskussion „Conversations on the Left: What is to be done?“ im Juni 2013² folgendermaßen:

„Jacobin bestand immer aus zwei Projekten. Es ist so etwas wie ein innerlinkes Projekt: Es betont eine marxistische Perspektive beim Organisationsaufbau. Aber unser Hauptprojekt war ein nach außen gerichtetes: die Auseinandersetzung mit dem amerikanischen Liberalismus. Wir sind seit jeher auf die breite Öffentlichkeit ausgerichtet. Wir richten uns an Liberale, die radikale Ideen artikulieren, und zwar auf eine klare und verständliche

Art und Weise. Wenn wir einen Maßstab für den Mainstream-Erfolg haben, dann ist dieser beabsichtigt. Wir haben versucht, ein Terrain für tiefgreifende theoretische Debatten zu sein. Es heißt, wir seien sichtbare Erinnerungen an eine längst vergessene sozialistische Tradition, die uns politisch irgendwo zwischen Leninismus und den Demokratischen Sozialisten Amerikas definieren würde.“ [Übers. vom Autor]

Im Mai 2018 wurde die deutschsprachige Schwesterzeitschrift „Ada Magazin“ von Jacobin gegründet, jedoch Ende 2019 eingestellt. Seit 2020 wurde Ada durch eine deutschsprachige Ausgabe von Jacobin, sowohl online als auch in gedruckter Form, ersetzt. In Deutschland wurde Jacobin zunächst von Ines Schwerdtner geleitet. Nachdem sie sich nun als Kandidatin für die Linkspartei im Europaparlament bewirbt, hat Loren Balhorn die Leitung übernommen. Die Artikel des Magazins behandeln eine Vielzahl von Themen: Debatten um die Schuldenbremse, Gewerkschaftskämpfe und den sozial-ökologischen Umbau des Sozialstaates, zu denen sich dann u. a. die Jusos, Klaus Dörre und Bafta Sabo äußern. Vom Westen wird eine „friedensgeleitete Außenpolitik“ gefordert, von der Ampelregierung eine bessere Sozialpolitik, außerdem ein gerechter Lohn und ein gutes Leben für Geringverdiener. Es stellt sich die Frage, ob das wirklich eine Radikalisierung des Linksliberalismus ist oder einfach der Linksliberalismus. Wo wirklich vom Sozialismus und nicht einfach von progressiven Reformen gesprochen wird, formuliert das Jacobin Magazin Ideen, die angesichts der Unmöglichkeit emanzipatorischer Politik den Sozialismus mit Wohlfahrtsstaatlichkeit gleichsetzen. Klaus Dörres Idee, der Kimahölle durch eine öko-sozialistische Übergangsgesellschaft zu entrinnen, scheint ein grundsätzlich anderes Anliegen zu haben, als die Befreiung der Menschheit. Vielleicht muss der Planet gerettet werden. Doch der bonapartistisch-kapitalistische Staat kann dies auch ohne Marx, ohne den Sozialismus und ohne Klaus Dörre.

Bonapartismus und Diktatur des Proletariats

Marx und Engels haben den Sozialismus nicht erfunden, sondern die Selbstkritik einer proletarisch-sozialistischen Bewegung formuliert, die gemeinsam mit dem Marxismus untergegangen ist. Ohne eine solche Bewegung sind Forderungen nach dem Kommunismus immer nur radikaler Liberalismus, immer dazu verurteilt, bloße „Meinungen“ oder „Ideen“ zu sein. Vielleicht geht es in Abwesenheit einer marxistischen Linken um die Frage, wie und von wem Marx und der Marxismus erinnert wird und für welche Zwecke er mobilisiert werden soll. Jacobin identifiziert den Ausbau des Wohlfahrtsstaates mit dem Sozialismus, was das genaue Gegenteil von Marx' Anliegen war. In seinem Brief an Joseph Weidemeyer im März 1852 schreibt er:

„Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. [...] Was ich neu tat, war 1. nachzuweisen, dass die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist; 2. dass der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt; 3. dass diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet.“³

Die Diktatur des Proletariats und den bonapartistischen Staat sah Marx als zwei entgegengesetzte Ausdrücke derselben geschichtlichen Notwendigkeit. Nach den bürgerlichen Revolutionen, die den Staat der Gesellschaft unterordnen wollten, geriet dieses Projekt mit der Ausbreitung der Industrieproduktion in die Krise. Der neue gesellschaftliche Konflikt zwischen Produktionsmittelbesitzern (Bourgeoisie) und Menschen, die nichts besitzen als ihrer Arbeitskraft (Proletariat) konnte, nach Marx Ansicht, auf zwei Weisen bearbeitet werden:

1. Durch eine Institution, die scheinbar über den Klassen steht und die Klassengegensätze mit Wohlfahrtsmaßnahmen, Exekutivgewalt und wirtschaftlichen Maßnahmen befriedet. Dies ist der bonapartistische Staat.
2. Durch die *Diktatur des Proletariats*. Marx sah nach den gescheiterten Revolutionsversuchen von 1848 und der Machtergreifung Napoleons III., dass das Proletariat die vorhandene Staatsmaschinerie nicht einfach in Besitz nehmen kann. Es müsse selbstständig und zivilgesellschaftlich organisiert sein und, gemeinsam mit einer revolutionären Führung, die Staatsmaschinerie mit Gewalt ergreifen, umformen, zur Kollektivierung der Produktionsmittel und zur Niederhaltung der Bourgeoisie benutzen und dann absterben lassen. Am Ende dieses Prozesses würde eine staaten- und herrschaftsfreie Gesellschaft mit kollektiver Produktion stehen (Kommunismus).

Der bonapartistische Staat gibt vor, im Interesse des Allgemeinwohls zu handeln. Tatsächlich ist er jedoch ein Verwaltungsmodus des Kapitalismus, in dem das Kapital vor seinen eigenen unmittelbaren destruktiven Tendenzen sowie seiner Planungsunfähigkeit geschützt wird. Er ist das Instrument, das die Gesellschaft in den erschütternden Krisen retten soll und tatsächlich auch rettet. Autoritäre klimapolitische Maßnahmen, auch drastische, wären im Rahmen des bonapartistischen Staates möglich. Doch der Staat ist nicht die Ursache des Kapitalismus, daher kann er auch nicht die Lösung sein, um den Sozialismus zu erreichen. Die von Klaus Dörre und Fridays for Future vorgetragenen klima- und sozialpolitischen Maßnahmen sind an den Wohlfahrtsstaat adressiert. Statt diesen zu überwinden, was Marx als historische Aufgabe des Proletariats sah, verweigern sie sich dieser Aufgabe. Viel schlimmer als Verweigerung ist jedoch die intellektuelle Vulgarisierung des Marxismus.

Auch wenn die Diktatur des Proletariats als politisches Ziel gegenwärtig utopisch erscheint, kann sich eine radikale Kritik nicht vor den Problemen verschließen, vor deren Hintergrund Marx die Frage nach der Revolution stellte. Die Niederlage der Millennial Linken zu begreifen, ist die einzige Möglichkeit für Selbstkritik und die Rekonstitution einer marxistischen Linken.

Jacobin fungiert lediglich als Sounding Board für die deutsche Linke. Jacobins Fokussierung auf Wohlfahrtsstaatlichkeit gibt sich als moderner Marxismus aus, der der politischen Linken eine inhaltliche, technische und ästhetische Modernisierung verpasst hat – eine Modernisierung, die die Erinnerung und die Möglichkeit von Marx' Anliegen im Namen des Sozialismus noch tiefer begräbt.



- 1 „Michael Harringtons (1928–89) 1982 gegründete Democratic Socialists of America (DSA) war sein bewusster Versuch in der Reagan-Ära der frühen 1980er Jahre, das zu bewahren, was er als ‚Überbleibsel eines Überbleibsel‘ sowohl der Neuen Linken als auch der alten Socialist Party of America bezeichnete, die sich 1973 in drei Teile gespalten hatte. Sie war das Standardprodukt der gescheiterten Strategie von Harrington und anderen, die Demokratische Partei nach der Krise ihrer New Deal Coalition in den 1960er Jahren ‚neu auszurichten‘. Die DSA versuchte nicht mehr, die Demokratische Partei umzugestalten, sondern begnügte sich mit der Rolle einer Pressure-Group auf dem ‚linken‘ Flügel der Partei.“ Chris Coutrone, „The Millennial Left ist Dead“, Platypus Review 100 | Oktober 2017
- 2 Platypus Review 57 | Juni 2013
- 3 Karl Marx: Brief an Weidemeyer. MEW 28, S. 507–508.



Nach der Tarifrunde ist vor der Tarifrunde



Freie und gute Forschung betreiben, während man gleichzeitig neue Drittmittel einwerben muss und um eine Anschlussbeschäftigung bangt? Arbeitgeber begründen die Forderung nach Flexibilität gerne mit dem Argument, Beschäftigungssicherheit würde die Wissenschaftsfreiheit gefährden. Wer jedoch schon einmal auf einer befristeten Stelle angestellt war, weiß: Das Gegenteil ist der Fall. Die prekären Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft fangen bereits bei den studentisch Beschäftigten, also den studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften und den Tutor:innen an und setzen sich im Mittelbau fort. Während für die Beschäftigten des Mittelbau (genauso wie alle für anderen Beschäftigten der Hochschulen und des öffentlichen Dienstes) der Tarifvertrag der Länder (TV-L) gilt, arbeiten die studentisch Beschäftigten (außer in Berlin) ohne Tarifvertrag in prekären Arbeitsverhältnissen. 2018 gründeten sich an verschiedenen Standorten in Deutschland einzelne Initiativen, um einen Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte (TVStud) zu erkämpfen. Inzwischen handelt es sich um eine bundesweite Bewegung. Nach einem ersten Teilerfolg 2021 haben wir im letzten Herbst in der Tarifrunde der Länder erneut für die Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen gestreikt.

2021 streikten studentisch Beschäftigte bundesweit erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik. Im Rahmen einer bundesweiten Tarifikampagne erkämpfte die gewerkschaftliche Basisbewegung eine Zusage für eine „gemeinsame Bestandsaufnahme über die Arbeitsbedingungen Studentischer Hilfskräfte“ – ein erster Zwischenschritt, der uns unserem Ziel Tarifvertrag näher bringen sollte. Mit der selbst durchgeführten Studie „Jung, akademisch, prekär“, für die wir bundesweit mehr als 11 000 Beschäftigte befragten, haben wir empirisch belegt, was wir lange wussten: Unsere Arbeitsbedingungen sind katastrophal. Die Verträge sind in der Regel auf weniger als sechs Monate befristet, doch studentisch Beschäftigte arbeiten durchschnittlich über 20 Monate mit rund 5 Verträgen auf derselben Stelle. Kettenbefristungen führen zum systematischen Unterlaufen grundlegender Arbeitnehmer:innenrechte, wodurch sich die Arbeit an der Universität wie eine fortlaufende Probezeit anfühlt. Zudem sind studentische Beschäftigte von der gesetzlichen Mitbestimmung durch Personalräte ausgeschlossen. Auch die Löhne, die sich vor der Tarifeinigung oft nur auf Mindestlohniveau bewegten, reichen nicht, um sich das Leben und Studieren in einer teuren Stadt wie Hamburg zu leisten. Gleichzeitig hat die Studie aber auch gezeigt, dass die Situation in Berlin, wo es seit den 1980er-Jahren einen Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte gibt, deutlich besser ist. Studentisch Beschäftigte sind hier weniger stark armutsgefährdet, haben durch Vertragslaufzeiten von 24 Monaten bessere Planbarkeit und Sicherheit und ihr Recht auf Mitbestimmung wird durch studentische Personalräte garantiert.

Daher ist unsere Forderung ein bundesweiter Tarifvertrag.

Unter dem Motto „Jetzt oder Nie!“ trafen wir uns Anfang des Jahres 2023 mit rund 250 Aktiven, um eine bundesweite Tariffbewegung zu organisieren. Durch gezielte Lobbyarbeit konnten bereits vor der Tarifrunde erste Teilerfolge erzielt werden. So beschloss die Hamburger Bürgerschaft bereits im Januar 2023 eine Mindestvertragslaufzeit von 12 Monaten für die studentisch Beschäftigten an Hamburger Hochschulen.

Im Sommersemester 2023 haben wir durch Organizing, also die gezielte und systematische Ansprache und gewerkschaftliche Organisation von studentisch Beschäftigten, eine besondere Dynamik geschaffen. Die Hochschulen, die bislang nicht als Orte großer Arbeitskämpfe aufgefallen sind, haben sich im letzten Jahr mit einer nie dagewesenen Energie und Sichtbarkeit an den Streiks beteiligt. Den Höhepunkt unserer Mobilisierung stellte der Hochschulaktions- und Streiktag am 20. November dar. Bundesweit gab es unter dem Motto „Schluss mit prekärer Wissenschaft!“ an über 100 Standorten Kundgebungen, Demonstrationen und andere Aktionen und an über 80 Standorten wurde gestreikt. Neben den tariflichen Forderungen wurde die politische Forderung der Ausfinanzierung der Hochschulen lautstark auf die Straße getragen. Statusübergreifend forderten die Teilnehmer:innen höhere Bafög-Sätze im Rahmen einer Strukturreform, die Reformierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (Wiss-ZeitVG) sowie einen bundesweiten TVStud.

Letztendlich hat der Druck, den wir als Bewegung aufgebaut haben, nicht ausgereicht. Obwohl sich zehn der insgesamt 15 Bundesländer, die in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) vertreten sind, vor der Tarifrunde ausdrücklich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen von studentisch Beschäftigten ausgesprochen haben, stimmten sie im Rahmen der Tarifrunde geschlossen gegen eine Tarifierung. Damit haben sie nicht nur entgegen ihrer politischen Bekenntnisse und Versprechen gehandelt, sondern auch die historische Möglichkeit zur signifikanten Verbesserung der Arbeitsbedingungen von über 300 000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst verwirkt. Dies ist angesichts der rot-grünen Mehrheit im Arbeitgeberverband nicht nur eine unfassbare Enttäuschung, sondern ein politischer Skandal. Wieder einmal zeigt sich, dass SPD und Grüne keine verlässlichen Partner sind, wenn es um Tariftreue und den Ausbau und Schutz von Arbeitnehmer:innenrechten geht. Als Gewerkschafter:innen sollten wir dies nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern unsere Strategien entsprechend anpassen und uns neue Bündnispartner:innen suchen, um unsere Forderungen durchzusetzen. Die Frage, wie viel Ressourcen wir als ehrenamtliche Bewegung angesichts der Rückgratlosigkeit von SPD und Grünen in politische Lobbyarbeit stecken sollten und an wen wir uns richten, wird nicht nur in Hamburg kontrovers diskutiert werden.

Wir müssen uns aber auch fragen, was wir in der nächsten Tarifrunde besser machen müssen. Der Ansatz des gezielten Organizing wird sicherlich weiterhin eine wichtige Rolle spielen, allerdings mussten wir uns auch eingestehen, dass es uns im letzten Jahr nicht gelungen ist, an allen Fachbereichen und Hamburger Hochschulen dauerhaft präsent zu sein. Zudem brauchen wir auch die Solidarität von Studierenden, schließlich sind es ihre Tutorien, die wir bestreiken.

Dennoch gehen wir nicht ganz erfolglos aus der Tarifrunde. Auch wenn wir keinen bundesweiten TVStud erkämpfen konnten, haben wir mit der schuldrechtlichen Vereinbarung einen weiteren wichtigen Meilenstein erreicht. Erstmals in der Geschichte gibt es eine Vereinbarung zwischen Tarifvertragsparteien, die neben geringfügigen Lohnerhöhungen auch bundesweite Vertragslaufzeiten von in der Regel 12 Monaten festschreibt. Nun kommt es darauf an, dass die Bundesländer die schuldrechtliche Vereinbarung umsetzen, und wir werden ihnen dabei sehr genau auf die Finger schauen. Außerdem ist es uns gelungen, eine Verhandlungszusage für die nächste Tarifrunde zu bekommen. Insbesondere die Mindestvertragslaufzeiten verbessern die strukturellen Bedingungen, studentisch Beschäftigte gewerkschaftlich zu organisieren. Auf dieser Basis werden wir weiter an unserem Ziel festhalten und in der nächsten Tarifrunde erneut bundesweit Druck machen.

Ein weiterer Erfolg, der zwar schwer greifbar, aber vielleicht noch viel wichtiger ist: Wir haben Gewerkschaften und Arbeitskampf an die Hochschulen getragen. Auch wenn noch lange nicht alle Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert sind und die Streikbeteiligung im Vergleich zu anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes immer noch sehr gering ist, haben wir in der letzten Tarifrunde deutlich gespürt, dass sich an den Hochschulen etwas verändert. In den kommenden Monaten stehen wir vor der Aufgabe, dieses aufkeimende gewerkschaftliche Bewusstsein und die Bereitschaft zur kollektiven Organisation und Aktion zu stärken und auszubauen.



Kontakt & Infos: TV Stud Hamburg

Website: www.tvstud-hamburg.de

Telegram: t.me/TVStudHH

Instagram: [@TVStud_HH](https://www.instagram.com/TVStud_HH)

Twitter: [@TVStud_HH](https://twitter.com/TVStud_HH)

Treffen: Jeden Mittwoch, 17 Uhr, Raum 0080 im VMP5

<https://www.tvstud-hamburg.de/mach-mit-die-naechsten-termine/>





Foto © Kay Herschelmann

Über das materielle Elend im Studentenmilieu

Ideologiekritische Bemerkungen zu den Streiks studentischer Hilfskräfte im Herbst 2023

Im Herbst 2023 streikten studentische Hilfskräfte (SHKs) auch an Hamburgs Hochschulen. Während die Arbeitgeber – allen voran Hamburgs Finanzsenator Andreas Dressel – den prekären Status Quo ideologisch rechtfertigten, war auch die Streikbewegung nicht davor gefeit, sich Illusionen über ihre Kontrahenten zu machen.



Vertragslaufzeiten von meist nur sechs Monaten und ein Stundenlohn, der auf den Cent genau dem aktuellen Mindestlohn entspricht – diesen prekären Zuständen sollte ein mittels Streiks durchgesetzter Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte („TVStud“) abhelfen.

Geworden ist daraus nichts: Die Arbeitgeber (die „Tarifgemeinschaft deutscher (Bundes-)Länder“ (TdL) unter Vorsitz von Hamburgs Finanzsenator Andreas Dressel (SPD)) zeigten sich hart. Anstatt weiter zu streiken, ließen sich die verantwortlichen DGB-Gewerkschaften am Ende auf einen Kompromiss mit der TdL ein, der keinen TVStud und Reallohnneinbußen für alle anderen Beschäftigungsgruppen vorsah.

Von der Prekarität studentischer Beschäftigung – Ideologie und Realität

Wie begründeten die Arbeitgeber die Ablehnung eines TVStud? Sozialdemokrat Dressel dazu während der Verhandlungen: „Das Beschäftigungsverhältnis [von SHKs] ist nur ausbildungsbegleitend und somit kein richtiges [sic!] Arbeitsverhältnis.“ Ähnlich sein sächsischer Amtskollege Hartmut Vorjahn (CDU): „BAföG und Eltern sollten das Studium finanzieren, nicht die Arbeit an einer Hochschule.“

Wer diese Äußerungen einzig als die Dreistigkeit auffasst, die sie sind (so wurden sie von der Streikbewegung aufgenommen), verpasst, dass hier in zynischer und ideologischer Weise durchaus bittere Wahrheiten über Studi-Jobs im Besonderen und Lohnarbeit im Allgemeinen angetippt werden.

Dass Studi-Jobs so viel mieser entlohnt werden als gewöhnliche Jobs, das hängt tatsächlich in gewisser Weise damit zusammen, dass viele Studierende ihren Job nicht als Hauptverdienst betrachten, sondern als ausbildungsbegleitenden Verdienst neben Bafög und eventueller Elternunterstützung. Studierende sind wegen dieser anderen Einkommensquellen nicht gezwungen, ihren Lohn daran zu messen, ob sich davon leben ließe.

Das ist ein Unterschied zu anderen Arbeitsverhältnissen und hat Einfluss auf die Lohnhöhe. Karl Marx sah den „Wert der Ware Arbeitskraft“, welcher der Lohnhöhe zugrunde liegt, im „idealen Durchschnitt“ bestimmt durch den „Wert der zur Erhaltung notwendigen Lebensmittel.“ Gemeint ist dabei die Erhaltung des „arbeitende[n] Individuum[s] als arbeitendes Individuum“. ¹ Der durchschnittliche Lohnabhängige ist – das wollte Marx damit aufzeigen und gilt auch heute noch – darauf verwiesen, einen Lohn ausgezahlt zu bekommen, der eben hinreicht, sich für den eigenen Arbeitgeber als arbeitsfähiger Lohnarbeiter zu erhalten, als funktionierend für diesen also. ² Für arbeitende Studierende und ihren Lohn gilt aber nicht einmal das. ³ Wieso?

Marx stellte fest, dass „die Wertbestimmung der Arbeitskraft“ im Gegensatz zu anderen Waren „ein historisches und moralisches Element“ enthalte. ⁴ Was damit gemeint ist: Nur die Ware Arbeitskraft hängt untrennbar an Physis und Psyche eines mit Willen und Bewusstsein begabten menschlichen Individuums – die Benutzung dieser Ware durch den Arbeitgeber ist die Benutzung dieses Individuums. Was diese Individuen, die Arbeiter eines Landes oder einer Branche, als notwendig erachten, um sich als arbeitsfähige Individuen zu erhalten, geht damit in die Wertbestimmung der Ware Arbeitskraft ein. In diesem Sinne spielt es eine Rolle, wenn die meisten Studierenden ihren Lohn als Nebenverdienst betrachten.

Dies hat aber nicht unmittelbar zum Resultat, dass Studierende geringere Löhne erzielen. Dafür fehlt noch etwas. Was nämlich die ehrenwerten Herren Dressel und Vorjahn bei ihrer Legitimation der miesen Bezahlung für SHKs, die nicht durch einen Tarifvertrag angetastet werden darf, gekonnt weglassen: Sich selbst, d.h. ihr Arbeitgeberinteresse, welches sich zu den Interessen der Beschäftigten feindlich verhält. Denn Arbeitgeber haben keineswegs das Interesse, ihren Arbeitskräften einen Lohn zu zahlen, von dem diese leben können: Je billiger Arbeitskräfte zu haben sind, desto besser. Arbeitskräfte, die nicht zwingend von ihrem Lohn leben können müssen (wie Studierende oder auch verheiratete Hausfrauen) sind daher als Billig-Arbeitskräfte gern gesehen. Diese Arbeitskräfte sollen sich – das möchten Dressel und Vorjahn zynisch klarstellen – nicht einbilden, ihren Lohn mit dem Lohn in „richtigen Arbeitsverhältnissen“ zu vergleichen. Die beiden Politiker führten an, dass SHKs nur ausbildungsbegleitend (nicht „richtig“) arbeiten würden und dass Bafög und Eltern die Studienfinanzierung übernehmen sollten. Doch nichts davon ist die Ursache der schlechten Bezahlung. Ursache dafür ist das Arbeitgeberinteresse von Dressel und Vorjahn, die sich die zitierten Umstände zunutze machen. Die beiden nennen hier also nur die willkommene Gelegenheit, den Lohn niedrig zu halten – eine Gelegenheit, die sie sich als verantwortungsbewusste Haushaltspolitiker natürlich nie und nimmer entgehen lassen ...

Der durchschnittliche Lohnabhängige ist darauf verwiesen, einen Lohn ausgezahlt zu bekommen, der eben hinreicht, sich für den eigenen Arbeitgeber als arbeitsfähiger Lohnarbeiter zu erhalten. Für arbeitende Studierende gilt aber nicht einmal das.

Andreas Dressel stellt das selbstgesetzte politische Ziel (bloß kein Steigen der Staatsausgaben) als völlig unhintergehbaren Sachzwang dar.

Vom Staat als Arbeitgeber – Illusion und Realität

Über staatliche Arbeitgeber wie etwa die Bundesländer (und damit Andreas Dressel und Hartmut Vorjahn im konkreten Fall) sollte man sich keinesfalls täuschen. Sie folgen prinzipiell derselben Logik wie private Arbeitgeber: Je billiger Arbeitskräfte zu haben sind, desto besser.

In einer TVStud-Veröffentlichung war zu lesen, es handele sich um einen „Skandal“, dass SHKs nur nach Mindestlohn bezahlt würden, denn *„eigentlich sollte der Staat als Arbeitgeber für Tarifbindung [d. h. Tarifverträge für alle Beschäftigten] stehen und nicht für deren Umgehung.“*⁵

Äußerungen wie diese suggerieren, dass der Staat als Arbeitgeber seine Arbeitnehmer nach anderen Gesichtspunkten für sich arbeiten lassen würde. Es wird oftmals davon ausgegangen, der Staat handle nach „sozialen“ Gesichtspunkten und es wird darauf verwiesen, dass er anders als Privatunternehmen nicht auf Profit aus sei. Er müsse doch eigentlich (!) ein Interesse daran haben, SHKs anhand eines Tarifvertrages erträglichere Arbeitsbedingungen zu garantieren, mit denen Studierende besser über die Runden kämen.

Dabei handelt es sich um eine Illusion. Sicherlich, der Staat ist anders als Privatunternehmen nicht auf die Erwirtschaftung von Profit aus. Der Grund für die gleichlautende Devise „Je billiger Arbeitskräfte zu haben sind, desto besser“ ist bei staatlichen Arbeitgebern leicht anders gelagert. Dazu sind ein paar grundsätzliche Ausführungen nötig.

Bürgerliche Staaten richten auf ihrem Territorium kapitalistische Produktionsverhältnisse ein, sie schützen und fördern diese – sie sind „ideelle Gesamtkapitalisten“ (Engels). Der Staat finanziert sich dann durch die Besteuerung des kapitalistischen Geschäfts: Je mehr Profite die nationale Kapitalistenklasse durch die Ausbeutung der Lohnabhängigen generiert, desto mehr Steuern lassen sich für den jeweiligen Staat einnehmen. Der Staat will daher die erfolgreiche Kapitalakkumulation seiner Bourgeoisie, er nutzt sie als seine Einkommensquelle.

Zugleich schränken die staatlichen Steuern aber stets den Profit der Kapitale ein. Höhere Steuern für Unternehmen können einzelne Kapitale ruinieren oder zum Abwandern bewegen

und sich so auch für die Steuereinnahmen des Staates als nachteilig erweisen. Umgekehrt können niedrigere Unternehmenssteuern so durchaus zu höheren Staatseinnahmen führen, wenn durch sie das kapitalistische Geschäft besser wächst.⁶

All dies hat einen Einfluss auf die Staatsfinanzen, aus denen auch die Gehälter öffentlicher Angestellter und Beamter bezahlt werden: Der Staat bemüht sich, seine Tätigkeiten (Gesundheit, Bildung etc.) so zu verrichten, dass sie zwar einigermaßen das gewünschte Resultat erzielen (die Arbeiterklasse körperlich arbeitsfähig zu halten, die Arbeiterklasse für die Bedürfnisse des Kapitals auszubilden etc.), dabei aber die Kosten zu minimieren. Denn höhere Kosten verlangen nach höheren Steuern und die wiederum beschränken die politisch von den großen Parteien gewollte Grundlage der Staatsfinanzen, die kapitalistische „Plusmacherei“ (Marx). Dieses Ziel der Kostenminimierung betrifft dann unmittelbar auch die Löhne der vom Staat Beschäftigten.⁷ Es stimmt, die Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst dienen nicht wie in der kapitalistischen Privatwirtschaft der ökonomischen Ausbeutung der Beschäftigten, um Profit für den Arbeitgeber zu erwirtschaften. Da möglichst wenig Staatsausgaben für möglichst ungehindertes Kapitalwachstum das politische Ziel sind, sehen die Arbeitsverhältnisse bei Vater Staat dann aber genauso bescheiden aus. Dieses politische Ziel des bürgerlichen Staates darf daher nicht ignoriert werden, wie das in der Streikbewegung der Fall war. Es darf aber ebenso wenig mit einem Sachzwang verwechselt werden, wie das bürgerliche Verteidiger des Status Quo tun.

Finanzsenator Andreas Dressel sprach im „Hamburger Abendblatt“ gegen die gewerkschaftlichen Forderungen (u. a. nach einem TVStud) von *„zahllosen ungelösten finanziellen Herausforderungen“* seitens des Staates, die den Forderungen entgegenstünden. Er wies die Forderungen schlicht als *„unfinanzierbar“* zurück.⁸ Damit beweist er sich ganz als staatliche Charaktermaske: Er stellt die eigene politische Entscheidungsgewalt und das selbstgesetzte politische Ziel (bloß kein Steigen der Staatsausgaben), fälschlich als völlig unhintergehbaren Sachzwang dar, wenn er von „Herausforderungen“ und „Unfinanzierbarkeit“ schwadroniert. Es ist dies immerhin ein politisches Ziel, das sich unmittelbar gegen die Beschäftigten und ihren Kampf um Inflationsausgleich oder einen TVStud richtet. Die Beschäftigten hätten sich laut

Dressel mit diesem angeblichen „Sachzwang“ zu arrangieren. Real sagt Dressel damit, dass sie sich gefälligst seinem politischen Ziel fügen sollen.⁹

Ebenfalls nicht richtig ist es allerdings, von „einem chronisch unterfinanzierten Bildungs- und Wissenschaftssystem“ zu sprechen, wie es im Aufruf zum Hochschulaktionstag hieß, der von TVStud und anderen veranstaltet wurde.¹⁰

Aus der Perspektive von Beschäftigten, die sich bessere Arbeitsbedingungen wünschen, mag es sich vielleicht um eine „Unterfinanzierung“ handeln. Aus der Perspektive des maßgeblichen Akteurs – des Staats, der Bildung und Wissenschaft betreibt und finanziert – ist das offensichtlich nicht der Fall. Eine unter den andauernden Bedingungen von prekärer Beschäftigung und Einsparungen stattfindende Forschung und Lehre ist politisch hergestellt und gewollt; sie stellt sich her als Verlaufsform des Widerspruchs im Staatsinteresse, welcher zwischen gewünschter Leistung des Wissenschaftsbetriebes einerseits¹¹ und gewollter Kostenersparnis andererseits besteht.

Genauso wenig treffend ist damit auch der öfters vorgebrachte Verweis, für „gute Wissenschaft“ bzw. „gute Forschung und Lehre“ bedürfe es mehr finanzielle Zuwendungen des Staats und besserer Beschäftigungsbedingungen.¹² Damit verabschiedet man sich partiell von den eigenen, materiellen Interessen als Lohnabhängige und bittet nur noch um Berücksichtigung im Rahmen des staatlich gesetzten Zwecks: Der Staat möge bessere Beschäftigungsbedingungen geben, dann gäbe man selbst bessere Leistung für ihn, was doch in seinem Interesse liegen und woran man ihn erinnern müsse. Es gäbe genügend Anschauungsmaterial dafür, dass dies nur äußerst bedingt gilt. Für den Staat geht „gute“ – für ihn eben immer auch kostengünstige – Wissenschaft sehr gut einher mit Existenzängsten und sogar Armut auf Seiten vieler Lohnabhängiger im Wissenschaftsbetrieb.

Die Termini „Unterfinanzierung“ und „gute Wissenschaft“ geistern leider immer wieder durch die Aufrufe zu Uni- und Studi-Protesten. So wird hartnäckig am Ideal festgehalten, dass es sich bloß um politisches Versagen der Verantwortlichen handele, welches man Politikern moralisch ankreiden könne. In Wirklichkeit handelt es sich um Resultate, die politisch so gewollt und daher auch nur in dieser Form zu bekämpfen sind, wenn man an die Wurzel des Problems möchte.

Die Streikbewegung hat recht: Man kann Arbeitgeber nicht mit „guten Argumenten“, sondern nur mit Druck durch Streiks zu Zugeständnissen bewegen. Wer das sagt, weiß um den fundamentalen Gegensatz von Arbeitgebern und Lohnabhängigen. Politisch ernst genommen bzw. durchgehalten wurde das dann aber ausweislich der Forderungen nach „Ausfinanzierung“ und „guter Wissenschaft“ nicht. Forderungen, die sich – polemisch gesprochen – „innerhalb der Grenzen des polizeilich Erlaubten und logisch Unerlaubten“¹³ bewegen und Illusionen über die kapitalistischen Verhältnisse schüren.

Die Termini „Unterfinanzierung“ und „gute Wissenschaft“ geistern leider immer wieder durch die Aufrufe zu Uni- und Studi-Protesten.

Über das materielle Elend im Studentenmilieu und das Wachstum von TVStud

Im Vorangegangenen sollten einige Gründe entwickelt werden für den Charakter studentischer Arbeitsverhältnisse – mit einem Augenmerk auf studentische Beschäftigung an Unis, die der Staat finanziert.

Finanziell stehen die meisten Studierenden (also alle ohne wohlhabendes Elternhaus) im Resultat prekär da. Für die Studierenden, die sich komplett durch Nebenjobs finanzieren müssen, ist das Ganze sogar eine Katastrophe. Die meisten Studierenden finden sich damit dann aber doch irgendwie ab. Sie betrachten die Prekarität als eine vorübergehende Phase, nach deren Ende – wenn man sich erfolgreich zum Studienabschluss durchgekämpft hat – sie sich einen überdurchschnittlichen Verdienst erhoffen.

Der unerschütterliche Wille, mit den Widrigkeiten des Studenten-Daseins zurechtzukommen – „Es ist ja nur für ein paar Jahre“ – sorgte in der Vergangenheit leider kaum für übermäßige Bereitschaft, sich gegen die Zumutungen in SHK-Arbeitsverhältnissen aufzulehnen.

Das beachtliche Wachstum der TVStud-Organisierung seit 2020 scheint eher ein Produkt jüngster Entwicklungen zu sein. Die kapitalistischen Verwerfungen im Kontext der staatlichen Seuchenschutzmaßnahmen ab 2020 sowie die Verarmung im Zuge der Inflation seit 2022 haben die soziale Lage für viele Studierende so dermaßen unaushaltbar gemacht, dass die Bereitschaft sinkt, sich mit den besonders miesen SHK-Arbeitsbedingungen abzufinden.⁴⁴

Sicherlich ist es gut, dass viele SHKs im vergangenen Herbst endlich zum Streik bereit waren. Ein Grund zur umstandslosen Freude kann es jedoch kaum sein, wenn man den tristen gesellschaftlichen Hintergrund bedenkt: die studentische Prekarität im Allgemeinen und die studentische Verelendung seit 2020 im Besonderen. Einen gesellschaftlichen Hintergrund, welchen die Streiks auch bei einem Erfolg (der leider ausblieb) eher hätten ankratzen können, als zu überwinden. Auch hier gilt, was Marx 1865 der Arbeiterklasse zu Streiks im Allgemeinen riet: „Sie sollte nicht vergessen, daß sie gegen Wirkungen kämpft, nicht aber gegen die Ursachen dieser Wirkungen; [...] daß sie Palliativmittel anwendet, die das Übel nicht kurieren.“⁴⁵

Natürlich spricht das nicht gegen den Streik, der Streik war bittere Notwendigkeit. Für die Überwindung des Hintergrundes, vor dem sich der Streik abspielte, bedarf es jedoch mehr und anderes. Ein Startpunkt dafür wäre ein (Klassen-) Bewusstsein, das nicht einfach verbissen versucht, solange mit der kapitalistischen Realität zurechtzukommen, bis es kaum mehr geht und das sich außerdem von gängigen Illusionen über Staat und Kapital verabschiedet.



Die kapitalistischen Verwerfungen ab 2020 haben die soziale Lage für viele Studierende so unaushaltbar gemacht, dass die Bereitschaft sinkt, sich mit den miesen SHK-Arbeitsbedingungen abzufinden.



Foto: strawberryblues

- 1 Karl Marx: Das Kapital. MEW 23, S. 185. Man könnte einwenden, dass die Bestimmungen von Marx sich hier nicht anwenden ließen, weil es sich hier nicht um einen an Mehrwert interessierten Kapitalisten, den Marx analysierte, sondern den Staat als Arbeitgeber handele. Formal ist das richtig. Dass sich im vorliegenden Fall in der Frage des Lohns inhaltlich kein wesentlicher Unterschied ergibt, wird im Laufe des Texts noch erläutert.
 - 2 Das gilt auch im Jahr 2024 noch, wo deutsche Lohnabhängige stolz sind auf ihre Autos (mit denen sie zur Arbeit hetzen) und ihre super-individuellen Freizeitgerätschaften und -aktivitäten (z.B. Fitness-Studio, Alkohol, Yoga-Matte, Pauschalurlaub oder ähnliche Hilfsmittel zur Kompensation einiger größerer, durch Lohnarbeit verursachter Verschleißerscheinungen).
 - 3 Ähnliches lässt sich auch bei der familiären Arbeitsteilung beobachten: Meist sind es Frauen, die Reproduktionstätigkeiten und Kinderbetreuung verrichten und zusätzlich zum Vollzeit arbeitenden Mann das Familienbudget mit einem Nebenverdienst ergänzen – auch dies wird in aller Regel mies bezahlt.
 - 4 Karl Marx: Das Kapital, MEW 23, S. 185.
 - 5 Tarif-Info #4. Zweite Verhandlungsrunde am 2./3. November ohne ein Angebot. S. 2.
 - 6 Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieser Ausgabe diskutierte etwa Wirtschaftsminister Robert Habeck ein solches Vorgehen. Vgl. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/wirtschaftspolitik-steuern-habeck-lindner-100.html>
 - 7 Einen (in diesem Zusammenhang aber zu vernachlässigender) Unterschied zwischen dem Staat als Arbeitgeber und privaten Unternehmen als Arbeitgebern existiert wiederum schon: Um sich der unbedingten Loyalität und Unbestechlichkeit seiner Staatsdiener zu versichern, zahlt der Staat in manchen Bereichen etwas mehr als Private und stattet einige seiner Beschäftigten mit bestimmten Beamtenprivilegien aus (passend dazu verbietet er ihnen dann aber das Streiken und gebietet politische Mäßigung).
 - 8 Siehe: <https://www.abendblatt.de/hamburg/politik/article240635378/Fuer-mehr-Geld-Hamburgs-Studierende-gehen-auf-die-Strasse.html>
 - 9 Was Dressel im Hamburger Abendblatt noch anführte, weist in dieselbe Richtung: Die Gewerkschaften sollten „zur Kenntnis nehmen, dass die finanzielle Handlungsfähigkeit aller staatlichen Ebenen mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts [...] noch stärker eingeschränkt ist“. Gemeint ist ein in den Medien viel rezipiertes Urteil aus dem Herbst 2023, welches die Bundesregierung strikt auf die Schuldenbremse festnagelte und auch einen begrenzten „kreativen“ Umgang untersagte. Auch dieses Urteil wird als Sachzwang präsentiert, ist aber keiner.
- Zunächst betraf das Urteil ohnehin den Bund und nicht die Länder, gegen die sich der Streik aber richtete. Dieses Urteil heranzuziehen, ist damit sachlich völlig unsinnig. Es ist einzig dazu da, das schwammige Bild einer finanziellen Notlage aller staatlichen Ebenen zu malen, vor dem sich gewerkschaftliche Forderungen angeblich wie von selbst blamierten.
- Kein Sachzwang ist dieses Urteil wiederum deswegen, weil es ja nur die von der Politik selbst mit großer Mehrheit beschlossene Schuldenbremse bekräftigt. Die Politik hält an dieser mit genauso großer Mehrheit überzeugt und eisern fest – auch gegen alle Forderungen von linken Sozialdemokraten und anderen Freunden staatsfinanzierter Almosen nach einer Aussetzung oder Abschaffung. So auch Andreas Dressel selbst bei einer Podiumsdiskussion im Jahr 2021, siehe <https://www.youtube.com/watch?v=gufgBJLEoUg>
- 10 Siehe <https://hochschulaktionstag.de/aufruf/>
 - 11 Was Staat und Kapital vom Wissenschaftsbetrieb konkret wollen, habe ich versucht im Artikel „Die Universität des Kapitals. Über die Frage, wem Universitäten dienen“ in der „New Critique #1“ darzulegen. Siehe <https://lmy.de/lpMN>
 - 12 „Gute [...] Wissenschaft wird durch gute und sichere Beschäftigungsbedingungen garantiert, nicht durch Existenzängste oder gar Armut.“ Aus: Tarif-Info #4. Zweite Verhandlungsrunde am 2./3. November ohne ein Angebot. S. 2. Ähnlich auch im Aufruf zum Hochschulaktionstag: <https://hochschulaktionstag.de/aufruf/>
 - 13 Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms. MEW 19, S. 29.
 - 14 Damit soll keineswegs behauptet werden, dass die TVStud-Organisation und das Durchführen des Streiks ein Selbstläufer waren: Ohne unermüdlichen, teils jahrelangen Einsatz des TVStud-Zusammenhangs hätte es keinen Streik in der Größenordnung gegeben. Ohne die Verschärfung studentischer Armut seit 2020 vermutlich aber genausowenig.
 - 15 Karl Marx: Lohn, Preis und Profit, MEW 16, S. 152. Ebenso aktuell gültig bleibt Marx' Warnung an die Arbeiterklasse, politisch nicht im „unvermeidlichen Kleinkrieg“ gegen die „nie enden wollenden Gewalttaten des Kapitals“ aufzugehen (ebd.). Leider ist für den Großteil der heutigen Gewerkschaften und Arbeiterparteien mehr als genau das nicht einmal mehr denkbar.

Die Universität der Bürokratie. Ein Versuch, „Die Universität des Kapitals“ vom Kopf auf die Füße zu stellen

Die Universität ist nicht einfach Dienerin des Kapitals und man kann sie ihm nicht „entreißen“. Die Universität ist eine bürokratische Institution, in der die „professional-managerial class“ sich und ihr Verhältnis zum Kapital reproduziert.

Anmerkung der NC-Redaktion: In dieser Rubrik möchten wir einer Debatte über die Rolle der Universität in den bestehenden, kapitalistischen Verhältnissen Raum geben.

Wir gehen davon aus, dass kritische studentische Praxis an der Hochschule einer theoretischen Grundlage bedarf: Inwieweit und wie genau bestimmt die kapitalistische Produktionsweise universitäre Forschung und Lehre? Welchen Zwecken dienen beide in dieser Gesellschaft – und auf welche Weise tun sie das? Können universitäre Forschung und Lehre Kritik an den herrschenden Verhältnissen befördern, kommt der Universität als Institution auch ein emanzipatorisches Potenzial zu?

Diese und ähnliche Fragen sollen in dieser Rubrik diskutiert werden. Durch den argumentativen Austausch verschiedener Ansichten soll einer Klärung des Verhältnisses von Universität und Kapitalismus Vorschub geleistet werden.

Wir freuen uns über weitere Beiträge zur Debatte! Wenn ihr euch beteiligen möchtet, schreibt eine Mail an: new.critique@asta.uni-hamburg.de

Universität im Kapitalismus

Eine Entwicklung, die in großen Teilen der marxistischen Theoriearbeit und in den bisherigen Beiträgen unter dieser Rubrik vernachlässigt wurde, ist der Aufstieg einer Klasse *zwischen* Kapital und Arbeit, die frühestens in den 1920er Jahren erstmals als solche auftritt. Nicht zufällig ist die UHH wie auch andere Hochschulen genau zu dieser Zeit gegründet worden. Jede Theorie der Universität bleibt unterkomplex, wenn die „professional-managerial class“ (PMC)¹ als Klasse theoretisch nicht erfasst ist. Diesem Versäumnis soll im vorliegenden Artikel nachgegangen werden.

Dafür wird zunächst Poulantzas' Ausarbeitung der marx'schen Unterscheidung zwischen *produktiver* und *unproduktiver* Arbeit² zusammengefasst (I), worauf die Beschreibung der Subjektivität der PMC (II) und der von ihr hervorgebrachten Bürokratie (III) folgt. Die Universität kann als ideales Beispiel für diese Bürokratie betrachtet werden (IV). Um die analytischen Vorteile der PMC-Theorie deutlich zu machen, wird schließlich die bei Armin Mandelzweig in der *new critique* #1 etwas freischwebende Kritik kulturrevolutionärer und post-modernistischer Ideologie eingeordnet (V).

Übersicht: Bisherige Debatten-Beiträge

In *new critique* #1 erschien der Artikel „Die Universität des Kapitals“ von Armin Mandelzweig (Link: <https://lmy.de/lpMN>). In ihm wurde argumentiert, dass die staatlich organisierte universitäre Forschung und Lehre dem Bedürfnis des Kapitals entspricht, profitabel anwendbare Forschungsergebnisse sowie wissenschaftlich ausgebildete Arbeitskräfte zu erhalten. Der Artikel schloss mit der Feststellung, dass wissenschaftliche Kritik an den Verhältnissen notwendig sei, aber außerhalb der Universitäten betrieben werden müsse. Auch weitere Beiträge der Ausgabe kreisten – unter verschiedenen Gesichtspunkten – rund um das Themenfeld „Universität im Kapitalismus“.

In der *new critique* #2 veröffentlichten die Marxistischen Studierenden Hamburg die Replik „Die Universität dem Kapital entreißen“ (Link: <https://lmy.de/Zuop>). Sie signalisierten Zustimmung zur These, dass Universitäten „integraler Bestandteil der herrschenden Verhältnisse“ seien, bemängelten aber an dem vorangegangenen Artikel das Fehlen von Praxisvorschlägen. Sie entwarfen im Folgenden ein Programm, welches den Kampf um bessere Studienbedingungen ins Zentrum kapitalismuskritischer Bestrebungen an Hochschulen rückte.

In der *new critique* #3 kritisierte Heiko Vollmann die Ausführungen der Marxistischen Studierenden Hamburg (Link: <https://lmy.de/Dnaj>). Er bemängelte, dass sie sich nicht ausreichend mit den theoretischen Ausführungen zum Thema „Universität im Kapitalismus“ auseinandersetzten, sondern stattdessen zu Praxisvorschlägen übergingen, die auf anderen theoretischen Annahmen basierten. Vollmann kritisiert diese und resümiert, dass die Praxisvorschläge der MSH auf eine besser finanzierte bürgerliche Uni hinausliefen, welche rätedemokratisch verwaltet werde, die aber weiter (unhinterfragten) kapitalistischen Bedürfnissen diene.

In der *new critique* #4 greift nun Felix Steins in die Debatte ein und kritisiert vorrangig die theoretischen Ausführungen im ersten Debatten-Beitrag „Die Universität des Kapitals“. Eine Lektüre der vorhergehenden Debattenbeiträge mag hilfreich sein, ist aber zum Verständnis des Textes nicht notwendig.



Die PMC als Klasse an sich

Eine vollständige historisch-materialistische Herleitung der PMC kann an dieser Stelle nicht erfolgen³, stattdessen werden grundlegende und für die Analyse entscheidende Aspekte der PMC beschrieben.

Für Poulantzas⁴ sind nicht alle lohnabhängig Beschäftigten Proletarier:innen, weil er anhand dreier Kriterien die bei ihm „modernes Kleinbürgertum“ genannte PMC abgrenzt. Zunächst unterscheidet er auf ökonomischer Ebene zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit⁵: *Produktive* Arbeit geschieht nur in der mehrwertschaffenden Produktionssphäre (also der materiellen Produktion von Waren) und wird von Proletarier:innen verrichtet. *Unproduktive* Arbeit hingegen erschafft keinen Mehrwert und wird weitgehend durch die PMC geleistet. Unproduktive Arbeit hat zwei unterschiedliche Grundformen: Zum einen die unmittelbar für die Warenzirkulation notwendigen Tätigkeiten, also insbesondere Handel und Finanzwesen. Zum anderen jene, die das Kapitalverhältnis bzw. dessen gesellschaftliche Hintergrundbedingungen reproduzieren – also innerhalb der Privatwirtschaft beispielsweise das betriebliche Management, insbesondere aber auch Angestellte in den unmittelbaren (Behörden, Schulen, Universitäten, Ministerien etc.) und ideologischen (Medien, Kirchen etc.) Staatsapparaten.

Poulantzas' **politisches** Kriterium berücksichtigt die Stellung in der betrieblichen und gesellschaftlichen Arbeitsteilung gegenüber den Proletarier:innen (überwachend, verwaltend, befehlend, erziehend etc.). Der Status der PMC als „Mittelklasse“ resultiert aus ihrer Position zwischen Kapital und Arbeit. Sie sind lohnabhängige Angestellte, die in ihrer Tätigkeit jedoch Herrschaft im weitesten Sinne über die Proletarier:innen ausüben. Das exkludiert einige „unproduktiv“ Beschäftigte aus der PMC, insofern sie ausgeschlossen sind von der „creation or execution of state policies and ideologies“⁶ (wie beispielsweise Hausmeister:innen oder Putzkräfte).

Darüber hinaus müsste eigentlich ein gemeinsames Klassenbewusstsein – das **ideologische** Kriterium bei Poulantzas – beschrieben werden, um von einer Klasse im marxistischen Sinne sprechen zu können. Der Einfachheit halber wird vorerst davon abstrahiert und vorausgesetzt, dass es sich bei der PMC um eine als solche konstituierte Klasse handelt.

Subjektivierung der PMC

In diesem Abschnitt wird erörtert, welche Perspektive die PMC-Angehörigen (PM) auf ihre Arbeit haben, welche subjektiven Verhaltensimperative sich daraus ergeben und auf welche Weise diese von denen des Proletariats abweichen.

Ob ein Unternehmen eine zusätzliche Arbeiter:in einstellen sollte, kann es sehr leicht ausrechnen. Wenn der Lohn einer zusätzlichen Tischler:in niedriger ist als die Differenz aus Verkaufspreis des Tisches und Einkaufspreis des Holzes, kann der Überschuss als Mehrwert angeeignet werden. Auch bei komplexeren Produktionsketten gilt: In der Regel lässt sich relativ genau planen, wie viele Arbeiter:innen für welche Produktionsschritte zusätzlich bzw. weniger notwendig sind, um den Output um eine bestimmte Menge zu steigern oder zu senken. Und damit implizit, wie viel Mehrwert von wem abgeschöpft werden kann. Die hier relevanten Eigenschaften proletarischer Arbeit (Standardisierbarkeit, Quantifizierbarkeit, Skalierbarkeit) können für PMC-Arbeit prinzipiell nicht gelten: Die Tatsache, dass ein Streik verhindert oder ein Konkurrent vom Markt verdrängt wurde, ist *qualitativer* statt quantitativer Output und lässt sich nicht halbieren oder verdoppeln.

Dazu kommt außerdem, dass das Unternehmen ohne das Spezialist:innenwissen der PMC nicht mal wissen kann, ob und ggf. welchen Anteil die einzelne PM an der Verhinderung des Streiks hatte, ob es überhaupt zu einem Streik gekommen wäre, ob man diesen Job überhaupt braucht, ob den auch jemand anderes machen könnte und wenn ja, nach welchen Kriterien man diesen besetzen könnte. Ob die Arbeitsverhältnisse der PMs für ihre jeweiligen Unternehmen von Vorteil sind, ist also, im Gegensatz zu denen der Proletarier:innen, umfassend intransparent. Das Spezialist:innenwissen, welches nötig wäre, um die Arbeit zu beurteilen, hat – wenn überhaupt jemand – die Beschäftigte selbst.

Die PM hat durch ihr Spezialist:innenwissen als Machtressource also notwendigerweise einen gewissen Grad an Autonomie gegenüber ihrer Chef:in. Vor dem Hintergrund des Interessengegensatzes zwischen beiden impliziert dies Misstrauen aufseiten der Chef:in, weil sie die Arbeitsqualität der Angestellten nicht ohne deren von Eigeninteressen geleiteter Bewertung überprüfen kann. Außerdem wird die Angestellte versuchen, gegen dieses Misstrauen anzuarbeiten, weil dieses die Verwertbarkeit ihrer Arbeitskraft senkt. Hierbei verschiebt sich das Maximierungsbestreben in der Lohnarbeit vom Tauschwert der Arbeitskraft, also dem Lohn, zum *Repräsentationswert*. Dieser meint Anerkennung, Wertschätzung, Vertrauen – nicht nur durch die Chef:in, sondern auch durch die Kolleg:innen⁷. Die Maximierung des Repräsentationswerts dominiert innerhalb der PMC das unmittelbare Streben nach Lohn, weil sich Löhne, Beförderungen, Machtressourcen und Autonomie aus diesem ableiten.

Bürokratische Akkumulation

Als *individuelle* Handlungsstrategie ergibt sich aus der Repräsentationswertmaximierung zunächst die Möglichkeit, den eigenen Arbeitsprozess daraufhin zu optimieren, dass er eine gute Außenwirkung erzielt. Durch demonstratives Handeln erscheint das eigene Arbeitsethos beispielsweise besonders „protestantisch“. Und auch wenn das Spezialist:innenwissen die Austauschbarkeit von PMs und die Konkurrenz zwischen PMs gegenüber der zwischen Arbeiter:innen verkleinert, ist sie deswegen nicht abwesend. Sie sorgt dafür, dass aus der Möglichkeit, eigene Arbeit darzustellen, zu überhöhen und zu simulieren eine Notwendigkeit wird, dies auch zu tun. Die *Darstellung* des Outputs ersetzt den Output⁸.

Mit *kooperativen* Strategien lässt sich die prinzipielle Intransparenz der Arbeit zumindest verkleinern. Hat die Chef:in das Gefühl, dass eine Angestellte ihr bzw. dem Unternehmen gegenüber loyal ist, muss sie die konkrete Tätigkeit nicht durchschauen, um darauf vertrauen zu können, dass sie in adäquater Qualität verrichtet wird. Umgekehrt profitiert die Angestellte, wie bereits im Vorkapitel dargestellt, von dem ihr entgegengebrachtem Vertrauen. In der Summe ergeben sich Rituale, die Vertrauen bzw. Loyalität herstellen. Oder zumindest simulieren, denn es reicht ja bereits, dass die andere Seite von der eigenen Loyalität bzw. des In-sie-Vertrauens ausgeht. Zu diesen Ritualen zählt insbesondere sogenanntes Networking und die Kultivierung eines *Arbeitgeberpatriotismus* als Ausweis der gemeinsamen Loyalität. Wesentlich ist darüber hinaus das Anhäufen von Untergebenen, die „nach unten“ Loyalität generieren und auf der eigenen Hierarchiestufe die Wichtigkeit der eigenen Arbeit betonen.

Die hier beschriebenen sowie ins nächste Kapitel ausgelagerten Varianten strategischen Handelns entlang des um die Intransparenz der Arbeit ausgerichteten Interessengegensatzes zwischen Kapital und PMC summieren sich nicht nur auf: Sie überlagern sich, verschwimmen, bringen Gegenstrategien hervor und erzeugen so ein Amalgam aus kooperativem und konkurrierendem strategischen Handeln, das nur aus der Binnensicht der sie hervorbringenden bürokratischen Strukturen notwendig ist⁹.

Der individuelle Imperativ zur Repräsentationswertmaximierung aggregiert sich auf der Ebene bürokratischer Strukturen zu einer ihnen inhärenten Expansionstendenz auf. Der marxistische Begriff des „automatischen Subjekts“ als Beschreibung des Kapitals, das quasi als Akteur gemäß dem eigenen Verhaltensimperativ (Kapitalakkumulation) handelt, lässt sich hier analog anwenden. *Bürokratie* meint damit die Verschmelzung von zur Reproduktion des Kapitalverhältnisses notwendiger, administrativer Arbeit und dem ihrer Eigenlogik entspringendem Auswuchs, wie er in diesem Kapitel beschrieben wird. Sie ist, auch hier analog zum Kapital, de-personalisierte gesellschaftliche Macht, die dem Individuum nicht als Arbeitskraft einsaugendes Mittel der Produktion, sondern als unterwerfende Regel der gesellschaftlichen Reproduktion gegenübertritt. Die Bürokratie ist wesentlich für die Konstitution der PMC als Klasse für sich¹⁰.



Die Universität der Bürokratie

Die PMC ist natürlich nicht die einzige Klasse, die sich strategisch zu dem konstitutiven Problem, dass ihre Arbeit intransparent ist, verhält. Das Kapital versucht die Intransparenz zu überwinden oder zumindest zu verkleinern, um die PMC denselben Rationalisierungen zu unterwerfen wie das Proletariat. Das Ziel ist, die Tätigkeiten und die sie ausführende Arbeitskraft tendenziell standardisierbar, quantifizierbar und skalierbar zu machen.

Der wichtigste Aspekt für diese Strategie ist das Bildungswesen inklusive formalisierter Abschlüsse und standardisierter Notenvergabe. Dafür muss das Verhältnis von fachlicher Qualifikation für die spezialisierte Arbeitskraft von PMs und deren formalisierter Anerkennung umfassender erörtert werden:

Wie in den vorigen Teilen bereits angedeutet, ist das Spezialist:innenwissen der PMC notwendig zur Ausführung ihrer Tätigkeit. Allerdings kann das Kapital nicht oder kaum beurteilen, welches konkrete Spezialist:innenwissen notwendig für die Aufrechterhaltung der eigenen Unternehmung ist, und erst recht nicht, durch welche konkrete Arbeitskraft dieses notwendige Wissen abgedeckt werden könnte. In der Praxis wird dieses Problem pragmatisch gelöst durch eine Mischung aus tradiertem Wissen innerhalb des eigenen Unternehmens, Orientierung an gesellschaftlich beobachtbaren Normen bzw. Durchschnittswerten und indem die Lösung an andere Spezialist:innen (insbesondere „Human Resources“) delegiert wird. Diesen Varianten ist gemein, dass sie für sich genommen nicht mehr weiterhelfen, wenn spezialisiertes Wissen von außerhalb des Unternehmens rekrutiert werden soll. Tradiertes Wissen hilft nicht bei der Begutachtung völlig unbekannter Bewerber:innen⁴⁴ und die Delegation verlagert das Problem offensichtlich nur. Und auch die Orientierung an gesellschaftlichen Normen hilft nur dann, wenn das Verhältnis von gesellschaftlicher Norm und konkreter Bewerberin zumindest näherungsweise bestimmt werden kann: Wenn eine psychologisch spezialisierte PM für die eigene Human-Resources-Abteilung gesucht wird, ist das Vorliegen eines psychologischen Abschlusses essentiell – nicht weil der Abschluss selbst die Qualifikation für die Arbeit enthält, sondern weil dieser die effizienteste und teilweise sogar einzige Möglichkeit ist, das Vorliegen der Qualifikation vermuten zu können.

Die Universität ist also konstitutiv für die PMC, nicht weil es keine anderen Quellen für Spezialist:innenwissen geben kann, sondern weil der Kapitalismus historisch die Universität als Institution hervorgebracht hat, die als einzige das Problem der Intransparenz bei der Rekrutierung unproduktiver Arbeitskraft für das Kapital lösen kann.

Die Universität ist aber nicht nur über ihre Zweckbestimmung mit der PMC verknüpft: Ihr Habitus, mit dem sie sich vom Proletariat abgrenzt, wird an dem Ort kultiviert und erlernt, der auch die Zertifikate für die materielle Abgrenzung

zwischen beiden Klassen generiert. Hier lernen angehende PMs in Klausuren, Abgaben und insbesondere Referaten, dass es darum geht, maximal ein bisschen Spezialist:innenwissen zu haben. Vor allem lernen sie, dieses Wissen als Performance abrufen und aufblasen zu können – also wie sie den Repräsentationswert maximieren können.

Zuletzt muss die Universität auch in ihrer Strukturiertheit als Produkt der PMC aufgefasst werden. Die Universität ist notwendig für die Reproduktion des Kapitalverhältnisses, aber erzeugt selbst keinen Mehrwert. Die hier verrichtete Arbeit ist daher unproduktiv, also auch nicht quantifizierbar. Der Einwand, dass sich Studierendenzahlen sehr wohl skalieren lassen, trifft nicht: Ob eine Person ausreichendes Spezialist:innenwissen, ein dieses Wissen abbildendes Zertifikat und den passenden Habitus hat, ist qualitativer Output. Dass in unproduktiver Arbeit der Repräsentationswert maximiert wird, ist an der Uni besonders deutlich: Fast nirgends sonst ist die Orientierung auf das Repräsentative so umfassend institutionalisiert, wie beispielsweise in Publikationsrankings, Akkreditierungsagenturen, Berufungskommissionen und der gigantischen Demokratiesimulation in der studentischen und akademischen „Selbstverwaltung“.

Das bürokratische Sein bestimmt das Bewusstsein

Inwiefern eine PMC-Theorie die marxistische Analyse von Universität und Studieren detaillierter und präziser machen kann, soll an dieser Stelle durch zwei Beispiele deutlich gemacht werden. Beide sind dem Ursprungstext der Debattenreihe von Armin Mandelzweig in der *new critique* #1 entnommen und beziehen sich auf ideologische Figuren, die insofern besonders interessant sind, dass sie auch in der (radikalen) Linken Verbreitung finden.

Gleich zu Beginn des Textes wählt Armin Mandelzweig einen Einstieg, der die idealistische Hoffnung kritisiert, nach der die Universität „eigentlich dem Menschen verpflichtet“ und diese an sich progressive Uni erst durch die neoliberale Konterrevolution korrumpiert worden sei. Armin Mandelzweig vernachlässigt dabei, die hier adressierte Ideologie,⁴² als Produkt der gesellschaftlichen Bedingungen aufzufassen. Dies ist ohne PMC-Theorie allerdings auch schwer möglich: Die PMC ist staatstragend, weil sie zu großen Teilen in diesem beschäftigt ist und dadurch Arbeitgeberpatriotismus (s. III) entwickelt, der in das PMC-Klassenbewusstsein integriert und zum festen ideologischen Bestandteil auch von PMs wird, die (noch) nicht staatsbedienstet sind. So erscheinen ihnen „guter“ Staat und „misstrauendes“ Kapital (s. II) als Antagonismus. Dass sie dabei extrem idealistisch sind, ist nur eine Übertragung ihres Alltagserlebens in der Lohnarbeit: Durch die Brille der Repräsentationswertmaximierung erscheint das, was gesagt oder gedacht wird (das Ideelle und Diskursive) relevanter zu sein als das, was getan wird (das Materielle und Strukturelle).

Dazu gesellt sich eine Überhöhung der eigenen Tätigkeit, sowohl in Bezug auf deren Umfang und Reichweite als auch hinsichtlich dessen, inwiefern diese moralisch und sinnstiftend ist. Auch dies ist eine Folge der Repräsentationswertmaximierung, die erzwingt, genau diese Eigenschaften in umfassenden Ritualen nach Außen darzustellen. Zur Verringerung kognitiver Dissonanz glaubt man diese Darstellung irgendwann auch selbst, wenn man nicht ohnehin schon habituell und ideologisch in die PMC hineingeboren bzw. -sozialisiert wurde. In der von Armin Mandelzweig kritisierten Ideologie ist diese (Selbst-)Überhöhung bezüglich des Studierens, der Universität im Allgemein und insbesondere der studentisch-politischen Praxis beobachtbar.

Im Textabschnitt, der die universitären Geistes- und Sozialwissenschaften behandelt, thematisiert Armin Mandelzweig dann die Hegemonie relativistischer Erkenntnistheorien: „Der herrschende Betrieb der Geistes- und Sozialwissenschaften praktiziert bloßes „Vorstellen und Meinen“ offensichtlich lieber als den Versuch zu unternehmen, die Wahrheit über bestimmte Sachverhalte zu ermitteln.“ Dies wird vor allem auf Selbstverzwergung zurückgeführt, „Eher scheint diesen Wissenschaften daran gelegen zu sein[,] darauf zu pochen, dass das Denken viel zu anmaßend sei und überhaupt nicht in der Lage sei, wahre Erkenntnisse zu erlangen.“

Dabei ist der eigentliche Grund keine Selbstverzwergung, sondern Selbstüberhöhung. Der Zwang zur Repräsentationswertmaximierung, also die Orientierung an der bloßen Darstellung des Outputs, bedeutet, dass *das, was getan wird, an Relevanz* verliert gegenüber *der Art, wie und durch wen etwas getan wird*. Der Fokus verschiebt sich vom Objekt der Tätigkeit auf dessen Subjekt. Die wissenschaftliche Hegemonie des Relativismus ist nur die akademisch institutionalisierte Entsprechung dieser Privilegierung des Subjektiven, welche die PMC bereits durch die alltägliche Erfahrung in ihrer Lohnarbeit internalisiert.

Wenn die marxistisch fundierte Linke handlungsfähiger werden möchte, muss sie die Ideologie der PMC verstehen und nicht nur bedauern. Zu sagen, dass „Studentischer Aktivismus [...] leider viel zu häufig auf einer solchen enttäuschten, idealistischen Vorstellung von Universität [fußt]“ (AM), ist schlicht zu wenig. Der Anspruch an Linke, die selbst Teil der PMC sind, muss sein, dass sie eine Kritik des Kapitalismus leisten, die sich ihrer eigenen widersprüchlichen Position bewusst ist und diese nicht so weit vereinfacht, bis sie sich widerspruchsfrei an der Seite des Proletariats und auf der richtigen Seite der Geschichte wännen kann.

Auf zum Klassenverrat!



- 1 Begriff nach Ehrenreich, Barbara & Ehrenreich, John, *THE NEW LEFT: A Case Study in Professional-Managerial Class Radicalism*. In: *Radical America* Vol. 11, Nr 3.
- 2 Nicos Poulantzas (1978): *Classes in contemporary capitalism*, verso, London. S.191ff.
- 3 Vgl. dazu Ehrenreich & Ehrenreich 1977 (s. o.) und das Kapitel *Eine kurze Geschichte der PMC*. In: *AG Arbeitsunsinn* (2024): *In der linken alles so mittel klasse*; tsveyfl (4), Syndikat-A, Moers.
- 4 Die Ausführungen in diesem Kapitel fassen einige Punkte zusammen, die alle Poulantzas (1978; s. Fußnote 3) entnommen sind.
- 5 Die binären Kategorien, anhand derer PMC und Proletariat hier unterschieden werden, sind zur analytischen Nachvollziehbarkeit so scharf abgegrenzt. In der Realität treten diese Kategorien eher als klassenspezifische Polarisierung auf. Die empirische Klassenzugehörigkeit einzelner Beschäftigter kann widersprüchlich sein.
- 6 Wright, Erik Olin (1979): *Class, crises, and the state*. London, S.96.
- 7 Der Grund dafür ist die intersubjektive Funktionsweise (man schätzt auch diejenige eher, die von einer geschätzten Person geschätzt wird). Außerdem verschwimmt die zur Erläuterung herangezogene analytische Trennung zwischen Angestellter und Chef:in für empirisch beobachtete Einzelpersonen, weil es in größeren Bürokratien sehr viele hierarchische Ebenen gibt, die der PMC zugerechnet werden müssen, und prinzipiell jede:r befördert werden könnte.
- 8 Vgl. auch Fisher, Mark, et al. (2013): *Kapitalistischer Realismus ohne Alternative?* VSA-Verlag, S.49ff.
- 9 Teilweise erscheinen die Surplus-Bürokratisierungen nicht mal mehr aus Sicht der sie Ausführenden als sinnvoll. Die eigene Arbeit sinnlos bis verachtenswert zu finden, ist ein im modernen Kapitalismus inzwischen verbreiteter Zustand geworden. Vgl. Graeber, David (2019): *Bullshit jobs: The rise of pointless work, and what we can do about it*.
- 10 Für eine Ausführung dieses Aspekts vgl. *Ideologische Implikationen und das Klassenbewusstsein der PMC*. In: *AG Arbeitsunsinn* (2024; s. o.).
- 11 Bei bekannten Bewerber:innen schon, allerdings ist Vetterwirtschaft in der Regel nicht im Interesse des Kapitals.
- 12 Vermutlich ist der imaginierte Adressat von AM das „Bündnis für Aufklärung und Emanzipation“. Für eine detaillierte Kritik dessen s. *CampusGrün Hamburg* (2022): *Campus-Grün löst sich auf. Kritik, Reflexionen und offene Fragen aus sechs Jahren Hochschulpolitik an der Uni Hamburg*, S.19ff

Arbeit & Kultur IV: **Männlichkeit Verraten**

von Tjark Kandulski

Der Essay „Männlichkeit Verraten! Über das Elend der ‚Kritischen Männlichkeit‘ und eine Alternative zum heutigen Profeminismus.“ von Kim Posster ist eine Anklage der patriarchalen Machtstrukturen in linken Kontexten und eine bestechende Kritik an den Fehlschlüssen feministischer Debatten. Posster beschreibt, wie der Kapitalismus mit dem Patriarchat zusammenhängt und wieso Männlichkeit nicht zu retten ist. Leser:innen erfahren viel über das, was schief läuft. Aber was tun?

Killing her softly

Häufig wird suggeriert, dass sich Männlichkeit zu weniger gewalttätigen Modellen variieren lasse. Anhänger der sogenannten kritischen Männlichkeit versuchen, sich ihren Privilegien und als toxisch verstandenen Anteilen ihres Verhaltens zu entledigen. Ein „Softboy“ zu sein, liegt im Trend. Wer als „Macker“ identifiziert wird, dem werden „Probleme“ versprochen.

Kim Posster widerspricht der Mehrheit des vermeintlich anti-patriarchalen Diskurses in dieser Frage: Er hält Männlichkeit für ein Problem, das sich nicht lösen lässt, bevor es abgeschafft wird. Statt Männlichkeit zu variieren, müsse sie, wie der Titel seines Textes auf den Punkt bringt, verraten werden. Tatsächlich werden Täter in politischen Strukturen aktuell nicht bekämpft, sondern im Sinne einer community accountability¹ gezielt pädagogisch umsorgt. Das Konzept der community accountability stellt aufgrund dessen für Posster, ebenso wie der Ansatz der „Kritischen Männlichkeit“, einen Ausdruck feministischer Hilflosigkeit dar.

Nachdem Posster selbst lange innerhalb von Gruppen aktiv war, die sich auf derlei Konzepte beriefen, frustrierte ihn das Ausbleiben von Ergebnissen. Er zog die Konsequenzen und begann mit einer Kritik der zugrunde liegenden Ansätze. Mittlerweile vertritt er die Auffassung „(...), dass eine ernsthafte Auseinandersetzung um antisexistische Standards mit cis Männern nahezu hoffnungslos ist.“ (12)

Die bei vielen beliebte Sprache von „kritischer“ und „toxischer Männlichkeit“ führe in ein „Programm zur Resourcenisierung verunsicherter (cis) Männer.“ (13), die sich „feministische Kritik“ einverleiben, um sie gleichzeitig unterlaufen zu können, „nur diesmal mit einem korrekten Vokabular und einer profeministischen Pseudo-Praxis.“ (1) So kommt „Männlichkeit Verraten“ zu dem Schluss, dass diese Formen von Täterarbeit Ausbildungsstätten gleichkommen, die aus Tätern lediglich glattere Täter machen. Täter, die gelernt haben, welche feministischen Begriffe und queeren Codes sie bedienen müssen, um mit so gut wie allem davonzukommen.

Tatsächlich werden Täter in politischen Strukturen aktuell nicht bekämpft, sondern im Sinne einer community accountability gezielt pädagogisch umsorgt.

Das Gesetz des Dschungels

Was Männlichkeit für Posster im Kern ausmacht, ist der Anspruch darauf, ein souveränes Subjekt im kapitalistischen Patriarchat zu sein. Das bedeutet Selbstbestimmung und Handlungsfähigkeit. Im Kontrast wird der Weiblichkeit Abhängigkeit und Passivität zugeschrieben, also Eigenschaften, die einen souveränen Subjektstatus untergraben.

Nichtsdestotrotz wird auch der männliche Anspruch, sich als Souverän zu setzen, durch die Autonomie der Anderen bedroht. Wenn die Einen handeln, dann verkleinert sich der Radius der Selbstbestimmung für die Anderen. Im kapitalistischen Patriarchat folgt daraus eine Konkurrenz, die sich nach dem Gesetz des Dschungels entwickelt. Wer mehr Souveränität über sich und andere ausübt, ist der männlichere Mann. Doch parallel dazu sind in jeder Persönlichkeit immer schon Brüche angelegt, die eine Quelle der Kränkung und Krise darstellen. Denn den Ansprüchen an die eigene Geschlechtsidentität können weder Männer noch Frauen gerecht werden. Männlichkeit steht von allen Seiten unter Druck.

Der Druck entsteht durch die konkurrierenden Männer von außen und durch Nicht-Identität mit den Ansprüchen an die eigene Vergeschlechtlichung von innen. Doch gerade, weil sie so prekär ist, behaupten Männer ihre Souveränität ständig von neuem. Denn sie wachsen mit dem Anspruch auf, die Versprechen des bürgerlichen Subjekts (= souveräner Warenbesitzer und autonomer Staatsbürger) wirklich einlösen zu können, ungeachtet der unmöglichen Realisierung. Diese Ansprüche stellen laut Posster Zurichtungsmechanismen dar, mit denen Geschlechtsideale geformt werden. Subjektivität entsteht dabei nicht auf der Grundlage eines „authentischen“ Selbst, sondern wird anhand der Konfrontation mit gesellschaftlichen Erwartungen ausgeprägt.

Einleuchtend beschrieb Bertolt Brecht solche Vorgänge in seinem Lehrstück „Aus nichts wird nichts“: *„Denkt euch, ihr spielt ein Spiel, in dem keiner die Maske kennt, die er aufhat. Wie soll er nun erkennen, wen er darstellt? Nur aus dem Verhalten der andern erkennt er, wer er ist. Zunächst passen seine Bewegungen zu ihm, aber nicht zu seiner Maske. Er selber aber ist nicht. Bald seht ihr seine Bewegungen so werden, daß sie zu der Maske passen. So entsteht er.“*²

Wie Brechts Masken Charaktere produzieren, so produziert Kapitalismus für Kim Posster Männlichkeit. Um sie nachhaltig abzuschaffen, bedarf es folglich einer Aufhebung kapitalistischer Verhältnisse. Hinter dem Vorhang der feministischen Kritik liegt „Männlichkeit Verraten“ die Forderung nach einem antikapitalistischen, unmännlichen und anti-bürgerlichen Subjektbegriff zugrunde.

It's raining Männlichkeit

„Männlichkeit Verraten“ lehrt: Das bürgerliche Subjekt im kapitalistischen Patriarchat ist idealtypisch männlich. Doch die mit ihm verbundenen Anforderungen an Freiheit, Selbstbestimmung und Durchsetzungsfähigkeit werden prinzipiell an alle Mitglieder bürgerlicher Gesellschaften herangetragen.

Daher sollen Frauen ebenfalls souveräne Marktteilnehmerinnen sein. In der Konsequenz werten sie Männlichkeit tendenziell auf und Weiblichkeit tendenziell ab. Die Angst vor dem Verlust des eigenen Subjektstatus geht mit Angst vor Verweiblichung einher. Unter dem kapitalistischen Konkurrenzdruck wird es infolgedessen allen, die nicht von vornherein als männlich gelten, noch schwerer gemacht, den gesellschaftlichen Idealen zu entsprechen. Schwule, Queers und Transmänner verdienen Solidarität, weil sie nach der patriarchalen Erwartung eigentlich Frauen sein sollten. (25f.) Das bedeutet hier, dass gesellschaftlich von ihnen erwartet wird, am Anspruch, Subjekt zu sein, zu scheitern.

Doch auch Queers und Transmänner hegen den Wunsch, männlich zu sein und Momente der Erschütterung und Fremdbestimmung zu vermeiden. Somit fallen queere Selbstbehauptung und patriarchale Selbstbestimmung widersprüchlich zusammen. „Die Kritik von Männlichkeit bei Nicht-Männern ist deshalb mit Bedacht anzuwenden, aber zweifellos notwendig. Spätestens in den Fällen, wo nicht-binäre Menschen sich von jeglicher Vergeschlechtlichung freisprechen und das allgemeine Menschliche für sich beanspruchen (...)“ (27f.)

Die Pointe: Wer Männlichkeit abschaffen will, muss den bürgerlichen Subjektbegriff ebenfalls abschaffen und vice versa. In Kim Possters Worten: „Es gibt keine menschengerechte Ausbeutung. Es gibt keine menschengerechte Männlichkeit.“ (29)

Jenseits des Konsensprinzips

Die wichtigsten Thesen in „Männlichkeit Verraten“, lassen sich in drei lose verbundene Argumentationslinien zusammenfassen:

1. Aus dem Anspruch als Mann Subjekt sein zu können, folgt, was Posster als das „Souveränitätsphantasma“ bezeichnet: „In dem Verhältnis von bürgerlichem Subjekt und seinem Anderen ist weibliche Autonomie schnell bedrohlich für den Reproduktionszusammenhang und eine potenzielle Provokation für einzelne [...] Männer.“ (59) Der männliche Anspruch

an die eigene Souveränität scheitert am deutlichsten im Umgang mit Frauen. Wenn diese von Männern begehrt werden und das Begehren nicht erwidern, setzen sie sich selbst als Subjekt und entlarven den Souveränitätsanspruch des Mannes als Illusion. Daraus folgt eine krisenanfällige Fragilität von Männlichkeit.

2. Männliche Gewalt und Täterschaft beruhen nicht auf Missverständnissen. Stattdessen folgen sie aus der Krise des Souveränitätsphantasmas, dem Verhältnis von bürgerlichen Subjektivitätsansprüchen und der verleugneten Abhängigkeit vom weiblichen Begehren. In der Konsequenz werden: „die eigenen Beziehungen zu [weiblich identifizierten] Anderen [...] so wahrgenommen und gestaltet, dass diese nicht als Subjekte vorkommen können, was notfalls auch aktiv per Macht, Kontrolle und Unterwerfung verhindert wird.“ (63). Dominanz über Frauen ist in diesem Schema kein Fehler im Begehren und kein Versehen, sondern wird selbst zur Quelle sexueller Lust. In der Regel wissen Männer, entgegen eines verbreiteten Irrglaubens, sehr genau, was Konsens ist. Es ist ihnen nur egal.

3. Die Versuche Männer profeministisch umzuerziehen, sei es mittels Flirtrategern, kritischen Männlichkeits- oder Allyship-Konzepten, Privilegienchecks oder Täterarbeit sind nicht nur ineffektiv, sondern stellen eine Überdeckung der eigentlichen Probleme dar. Sie bieten einen Rückzugsraum für Männer, indem diese sich selbst als Opfer ihrer Vergeschlechtlichung präsentieren können, ohne ihre eigene Männlichkeit zu konfrontieren. Werden Männer feministisch umsorgt, so wird es ihnen ermöglicht, eine Auseinandersetzung mit ihrem Souveränitätsanspruch zu umgehen. „Die stets krisenhafte Männlichkeit soll dabei mit einer Prise Feminismus in Schuss gehalten und vor sich selbst gerettet werden.“ (38) Männer stehen einfach so lange verlegen im Weg rum, bis der feministische Druck wieder von ihnen abgefallen ist.

Der Phallus als Fremdkörper

Diese drei Thesen lassen sich mit der Kritik am bürgerlich-kapitalistischen Subjektbegriff begründen, die Posster formuliert. Doch im Anschluss führt er mit dem „Phallus“ noch eine zusätzliche Grundlage von Männlichkeit ein, die seinen Ausführungen leider nichts hinzufügen kann und als Fremdkörper zwischen seinen Schlussfolgerungen steht. Ist Männlichkeit im Kapitalismus nun eine strukturelle Folge des bürgerlichen Subjektanspruchs oder Symptom eines individualpsychologischen Komplexes?

„Männlichkeit Verraten“ lehrt: Das bürgerliche Subjekt im kapitalistischen Patriarchat ist idealtypisch männlich. Doch die mit ihm verbundenen Anforderungen an Freiheit, Selbstbestimmung und Durchsetzungsfähigkeit werden prinzipiell an alle Mitglieder bürgerlicher Gesellschaften herangetragen.

Um den feministischen Kuschelkurs gegenüber Männlichkeit zu überwinden, darf Männern nicht mehr gewährt werden, ihre Bedürfnisse durchzusetzen, wie sie es im kapitalistischen Patriarchat gewohnt sind.

Vielleicht meint Posster eine Mischung aus beidem. Doch die angenehm schlanke Argumentation von „Männlichkeit Verraten“ verliert an dieser Stelle ihre Klarheit: auf einmal steht der Phallus für die Autonomie und das Versprechen auf patriarchale Macht wird am Penis festgemacht. Auch wenn es Posster dabei nicht um die realen Eigenschaften eines Körperteils geht (oder gerade deswegen) ist unklar, welche Thesen seiner Argumentation hierdurch untermauert werden sollen.

Warum können nicht andere, sehr reale Faktoren wie beispielsweise Geld, Schönheit oder Körpergröße den männlichen Souveränitätsanspruch begründen? Und wie ist der Phallus als Marker für Männlichkeit mit dem queeren Selbstanspruch von Posster zu verbinden? Der Ausflug zu Freuds Penis-Neid, der hier zum Phallus-Neid umgedeutet wird, erscheint als eine leicht verkrampfte Anspielung auf die psychoanalytische Seite der kritischen Theorie und gehört zu den wenigen Paragraphen in „Männlichkeit Verraten“, die man bei der Lektüre gut und gerne überspringen kann.

Reinen Tisch macht mit dem Bedränger!

Der Ansatz, der in „Männlichkeit Verraten“ entwickelt wird, um patriarchale Gewalt und kapitalistische Subjektivierung zu beschreiben und zu verbinden, mündet in der Notwendigkeit, Männlichkeit zu bekämpfen und abzuschaffen. Feministische Ansätze, die dies nicht anstreben, führen Kim Posster zufolge letzten Endes in Varianten von Täterschutz.

Weil die eigene Ohnmacht und das Erschrecken vor Männlichkeit innerhalb solcher Ansätze grundsätzlich ausgeblendet wird, sind sie nicht dazu in der Lage, diese Leerstellen zu analysieren. Es bedarf deshalb einer radikalen Kritik bestehender (pro)feministischer Strukturen, um eine radikale Kritik von Männlichkeit zu ermöglichen.

„Männlichkeit Verraten!“ bietet eine solche Kritik an, doch auch wenn die Konklusionen der Argumentation durchweg sympathisch sind, sollte dies nicht dazu führen, jede ihrer Prämissen ungeprüft zu übernehmen.

Denn Possters Korrekturvorschläge für feministischer Organisierung geraten äußerst vage. Nach einer einleuchtenden Schilderung davon, wie die meisten zeitgenössischen Ansätze in Täterschutz münden, verpasst er

es, ein Aussteigerprogramm aus dem Aussteigerprogramm Täterarbeit zu entwerfen. Gleichzeitig überladen Possters Thesen zum Phallus-Neid seine Argumentation. So wird nicht klar, wie der Phallus einerseits die Essenz von Männlichkeit sein kann und Geschlecht gleichzeitig fluide und queer.

Trotzdem könnte der Essay eine wichtige Zäsur für die feministische Theorie und Praxis darstellen, denn „Männlichkeit Verraten!“ bringt feministische und antikapitalistische Analysen an einen gemeinsamen Ausgangspunkt. Um den feministischen Kuschelkurs gegenüber Männlichkeit zu überwinden, darf Männern nicht mehr gewährt werden, ihre Bedürfnisse durchzusetzen, wie sie es im kapitalistischen Patriarchat gewohnt sind. Und um den Kapitalismus angemessen zu analysieren und zu bekämpfen, ist es notwendig, die Auswirkungen der bürgerlichen Subjektansprüche auf die Unterdrückung von Frauen mitzudenken und zu attackieren. Denn die Gründe dafür, dass sich Frauen in antikapitalistischen Strukturen nicht sicher fühlen können, sind nach wie vor Männer.



Wertung: 4,5 von 5 Phallussymbolen



- 1 Community accountability beschreibt einen Prozess, in dem ein Umfeld oder eine Community, d. h. ein Freund:innenkreis, eine Familie, eine Kirchengemeinschaft, eine Nachbar:innenschaft, ein Arbeits- oder Wohnzusammenhang, zusammenarbeitet, um u. a. Strategien zum Umgang mit gewaltausübenden Angehörigen des Umfelds zu entwickeln und einen Prozess auszuarbeiten, damit sie die Verantwortung für ihre Handlungen übernehmen und ihr Verhalten transformieren können (Vgl. <https://www.transformativejustice.eu/de/was-sind-community-accountability-kollektive-verantwortungsuebernahme-transformative-justice-transformative-gerechtigkeit/>).
- 2 Bertolt Brecht: Werke, S. 716.

Impressum

New Critique
– Zeitschrift für und wider Vol. 4

Verein »New Critique« im Mai 2024
Von-Melle-Park 5, 20146 Hamburg

Layout: Gegenfeuer
– Büro für politische Gestaltung, gegenfeuer.net

»New Critique – Zeitschrift für und wider« wird
durch den Verein »New Critique« in Kooperation mit
dem AStA der Universität Hamburg herausgeben.

New Critique. Zeitschrift Für & Wider

Der Name „New Critique“ versteht sich als Hommage an die Theoriezeitschrift „neue kritik“, welche von 1960 bis 1970 durch den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) herausgegeben wurde. Ähnlich wie der SDS zu Zeiten der Studierendenbewegung haben wir das Ziel, theoretischen und praktischen Debatten Raum und Gehör zu verschaffen. Die Zustände, die uns als Studierenden an der Universität entgegentreten, stehen hierbei im Fokus unserer Publikationstätigkeit.

Das Kürzel unserer Zeitung – „NC“ – verweist zugleich auf universitäre Verhältnisse, die wir kritisieren: Der NC als „Numerus Clausus“ schließt systematisch unzählige Studienbewerber:innen – insbesondere aus unteren sozialen Schichten – vom Zugang zu Bildung und Wissenschaft aus. Einen universitären Betrieb, der gegenwärtig also nicht vernünftig eingerichtet ist und dennoch einen wissenschaftlichen Selbstanspruch hat, nehmen wir als Ausgangspunkt für umfassende Gesellschaftskritik.

Diese Ausgabe thematisiert Rede- und Wissenschaftsfreiheit. Trotz gängiger Diskussionen scheint die Verteidigung der Meinungs-, Rede- und Wissenschaftsfreiheit nicht nur deutlich stärker von Rechten und Konservativen besetzt, sondern wird in der Linken eher als Bedrohung denn als zu verteidigendes Recht angesehen. Die vorliegende Ausgabe versammelt Ansätze zur Diskussion des Themenkomplexes und dessen Leerstelle in der Linken.

Homepage: www.nc-uhh.de

Mail: new.critique@asta.uni-hamburg.de

Twitter: [@nc_uhh](https://twitter.com/nc_uhh)

Instagram: [@nc_uhh](https://www.instagram.com/nc_uhh)

